

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschiff: Tagesblatt Riesa.  
Journ. Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Reichen, sowie des Gemeinderates Gröda.

Postkontor: Dresden 1330  
Gicollasse Riesa Nr. 62.

Nr. 59.

Freitag, 10. März 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 11.— Mark einschließlich Postgebühren. Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht berechnet. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 2.50 Mark; zeltständer und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachzahlung und Anzeigensort: Riesa. 14-tägige Anzeigensätze, 14-tägige Anzeigensätze, 14-tägige Anzeigensätze. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes Retationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Gähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Derliches und Sächliches.

Riesa, den 10. März 1922.

— **Volksammlung für das notleidende Alter.** Am 11. und 12. März findet die öffentliche Sammlung des „Altershilfs des deutschen Volkes“ statt. Außerdem ist es auch jetzt noch möglich, Beträge bei den bekanntgegebenen Annahmestellen zu sammeln. Es gilt, alle Kräfte anzuhäufen und große Mittel aufzubringen, um eine wirkliche gründliche Hilfe zu ermöglichen; es gilt, in den Lebensabend des darbenenden Alters wieder Licht und Wärme hinein zu tragen. An die Gefunden und Arbeitsstreubigen, an die Besessenen und Reichen, überhaupt an alle, die Kopf und Herz auf dem rechten Fleck haben, ergeht der Ruf: auf zur Tat!

— **Zur Kartoffelversorgung.** Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei schreibt: Das Wirtschaftsministerium teilt mit: Ein von dem Landtagsabgeordneten Claus in Nr. 52 der „Völkischen Nachrichten“ vom 21. 2. 1922 veröffentlichter Artikel „Zur Kartoffelnot“ enthält ein Zahlenwerk, dem widersprochen werden muß. In Sachsen sind nach den Unterlagen des Statistischen Landesamtes im Jahre 1921 nur 100 000 (nicht 125 000) Hektar mit Herbstkartoffeln bebaut worden. Auf den Hektar kann man im Durchschnitt einen Ernteertrag von 220 Zentnern rechnen. Eine höhere Schätzung ist im Hinblick darauf, daß ein erheblicher Teil der Anbaufläche auf das ein Drittel des Landes umfahrende Gebirge und ein Teil der übrigen Fläche auf die sandigen Lagen an der preussischen Grenze entfällt und der Ernteertrag dort unsicher ist, nicht zulässig. Es ergibt sich hiernach ein durchschnittlicher Ertrag von 100 000 × 220 = 22 Millionen Zentnern. Daraus sind abzuziehen: 20% = 4,4 Millionen für Schwund einschließlich Futter- und Fabrikartikeln, 4 Millionen für Saatgut (40 Zentner für den Hektar, gering gerechnet) und 10 Millionen für die Selbstverlängerung und Deputatberechtigung, deren Zahl 500 000 noch übersteigt. Hier aber nur mit dieser Höhe berücksichtigt ist und bei denen, insbesondere auf Grund der Tarifverträge mit den Landarbeitern, mindestens 20 Zentner auf den Kopf zu rechnen sind. Von dem Durchschnittsernteertrag von 22 Millionen Zentnern bleiben daher nach Abzug von 4,4 + 4 + 10 = 18,4 Millionen nur 3,6 Millionen Zentner für die rund 4 Millionen Verordnungsberechtigten übrig, während 12 Millionen (3 Zentner auf den Kopf) gebraucht werden.

— **Brotpreis und Getreidehandel.** Vom „Sächsischen Mühlenverband“ wird uns geschrieben: Ueber die Ursachen der jetzigen starken Erhöhung der Brot- und Mehlpreise sind in den letzten Tagen zahlreiche Artikel in der Tagespresse erschienen. Jede der beteiligten Erwerbsgruppen führt aber andere Gründe für die Verteuerung an. Unbestritten bleibt nur das eine, daß die hohen Mehlpreise eine Folge der Getreideverteuerung sind. Solange das Reich Auslandsgetreide kaufte, regelte das freie Wirtschaft verbleibende Getreide den Markt in günstigster Weise, und marktfreies Wehl und Brot waren zeitweise beinahe ebenso billig zu haben, als Backwaren und Wehle aus Umlagegetreide. Als jedoch infolge eines vom Reichstag am 15. Dezember v. J. gefaßten Beschlusses die Reichsgetreidestelle durch Genossenschaften und privaten große Mengen freies Inlandsgetreide aufkaufen ließ, und gleichzeitig der Dollarkurs hier, gingen die Preise für Inlandsgetreide, und demzufolge auch für Wehl und Brot stark in die Höhe. Die Reichsgetreidestelle gibt selbst zu, daß allein in der Zeit vom 15. bis 28. Dezember 1921 infolge ihrer Aufkäufe die Getreidepreise um 40 Pf. pro Zentner gestiegen sind. Die Ursache in Getreide und Wehl hat aber auch noch andere Ursachen. Einmal spricht die Entwertung der Mark mit, der letzte Eisenbahnfreit hat die Versorgung der Bevölkerung mit Brotmehl ungemein gefährdet, und die Erhöhung der Eisenbahnfrachten durchschnittlich um das Doppelte hat für die landwirtschaftlichen Rohstoffe noch insofern eine Verschärfung erfahren, als durch Aufhebung der Risse A und des Verbotsschlusses II nunmehr Getreide und Mühlenenergie für die Bevölkerung in verbedeten Wagen einen Frachtaufschlag von 10 Prozent, für die mittlere Entfernung von 20 Kilometer also eine Frachterhöhung von 117 Prozent seit 1. November zu tragen haben, zu der ab März noch eine weitere Erhöhung der Gütertarife um 20 Prozent eingetreten ist. Nimmt man die andauernden Lohnerhöhungen der Bäcker und Mühlenarbeiter und die rapid steigenden Kohlenpreise hinzu, so liegen die Ursachen der Mehlerhöhung klar zu Tage, an der die Mühle keinen Anteil hat, weil sie noch heute zum größten Teil in der Zwangswirtschaft steht, und zu genau kalkulierten Mähdänen der Reichsgetreidestelle und der Kommunalverbände arbeitet. Wenn endlich von Bäckereiverbänden und Genossenschaften die zeitweise Einfuhr von Auslandmehl gefordert wird, so muß die Mühlenindustrie diesem Verlangen widersprechen und auf der Einfuhr von Getreide bestehen bleiben. Das geschieht, um die Aufrichterhaltung ihrer Betriebe und die Beschäftigung ihrer Arbeiter zu ermöglichen, und um der Landwirtschaft die Mele zu verschaffen, die zur Viehzucht dringend gebraucht wird. Aus dem gleichen Grunde kann die Mühlenindustrie auch einer Mehlausfuhr nur im Verbedetenverehr zustimmen, wenn nämlich das zur Mehlausfuhr nötige Getreide eingeführt und in Deutschland vermahlen wird. Nur bei Erfüllung dieser Forderungen läßt sich die einheimische Brotversorgung in erträglicher Weise lenken.

— **Polküberwachung.** Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Die französische Postüberwachung hat kürzlich unerwartet wieder in Mainz die Postüberwachung eingeführt und Überwachungsstellen bei den Postämtern 1 und 3 dafelbst eingerichtet. Für Abfender von Briefen usw. nach dem besetzten Gebiet erscheint es dringend notwendig, im März Mittelwegen auf W. per-

meiden, was im Falle einer Durchsicht ihrer Sendungen ihnen selbst und insbesondere auch den Empfängern zum Nachteil gereichen könnte.

— **Streit in der chemischen Industrie.** Zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden der chemischen Industrie fanden vorgestern nachmittag nach Ablauf des überreichten Ultimatums in Dresden Verhandlungen statt, die jedoch scheiterten. Laut „Dresdner Volksz.“ befindet sich seit Donnerstag morgen ein Teil der Betriebe der chemischen Industrie bereits im Ausstande. Derselben Platte zufolge droht auch in der Garbinen-, Spiken- und Kälweberer Sachens der Ausbruch eines Streiks.

— **Um den Mangel an Wundzucker zu beheben,** sind von der Bundeswirtschaftsstelle für Lieferung März—Juni weitere ca. 8 Millionen Zentner Verbrauchszucker freigegeben worden. Für Zucker aus der neuen Freigabe wurde der Preis auf 11.500.— für den Zentner (bisher 11.000.—) ohne Sach, frei Verladung, festgesetzt. Darin ist die Erhöhung der Verkeuerungsabgabe noch nicht enthalten. Unter Berücksichtigung des neuen Preises und der Erhöhung der Gütertarife ist in Verbindung mit dem Vorliegen des Vereins sächsischer Zuckergrößenhändler der Kleinverkaufspreis für gemahlene Zucker auf 11.9.— bis 12.1.— für 1 Pfd. je nach Entfernung der Mäshine als angemessen angenommen worden. Bestände aus früheren Lieferungen müssen noch zum alten Preise von 11.60 bis 11.70 an die Verbraucher abgegeben werden.

— **Die Gerüchte über Getreideaufkäufe.** Eine kurze Anfrage deutschnationaler Landtagsabgeordneter im Landtag weist auf die im Lande verbreiteten Gerüchte hin, wonach Händler die neue Getreide zu unzulässigen Preisen mit 1000 Mark pro Zentner und mehr aufkauften und der Brotpreis im Herbst gemäßigt steigen werde. Diese Gerüchte hätten sich als Schwindel herausgestellt, die geeignet seien, Unruhe ins Volk zu tragen und bewirken, die Zwangswirtschaft wieder anzuknüpfen und die Wege gegen die Landwirtschaft systematisch zu betreiben. Es wird gefragt, ob die Regierung Schritte zur Aufklärung des Volkes getan oder was sie sonst in dieser Richtung zu tun gedenke.

— **Von der Leipziger Messe.** Mittwoch abend betrug die Gesamtzahl der geschäftlichen Messebesucher, denen Dauerausweise verabfolgt worden waren, über 140 000. Das ist eine Zahl geschäftlicher Besucher, wie sie bisher noch nie auf einer Messe des In- und Auslandes verzeichnet worden ist. Unter den Besuchern waren Angehörige aller Nationen. Besonders stark waren Deutschösterreich mit über 2500, die Tschechoslowakei mit über 3000, Holland mit über 1500 Besuchern vertreten. Sogar Bulgarien hatte rund 700 Messebesucher entsandt. Der Verkehr aus Uebersee entsprach dem der vorjährigen Herbstmesse. Während sonst in der zweiten Hälfte der Messe das Geschäft abzulassen pflegt, war die Warennachfrage am Donnerstag noch ebenso groß wie an den Vortagen. Jedoch konnten Abchlüsse in vielen Branchen nur noch mit erheblichen Lieferstrichen zustande kommen. Zahlreiche Stände trugen das Wort „Ausverkauft“. Diefelbe Beobachtung wurden auch auf der Technischen Messe gemacht.

— **Dresden.** Die stehende Strafkammer des Dresdner Landgerichts verurteilte nach einer bis zu später Abendstunde dauernden Verhandlung den 36 Jahre alten Friseur Emil Max Karl Zentner, der als Generalvollstreckter des „Eld-Konzerns“ tätig gewesen ist, wegen gemeinschaftlichen Glückspiels, Weisliche dazu und wegen Betriffs zum Betrag von insgesamt sechs Monaten einer Woche Gefängnis und zu 75000 Mark Geldstrafe oder einem weiteren Jahr Gefängnis. Da sich der Angeklagte seit Ende August vorigen Jahres in Untersuchungshaft befindet, so gilt die ausgeworfene Gefängnisstrafe als verbüßt. Der eigentliche Gründer und Inhaber des Konzerns, der zuletzt in Hartha bei Baranitz wohnhafte 34 Jahre alte Kaufmann Franke, hat sich am 8. November vergangenen Jahres in Bad Wildungen erschossen. Franke war ein schwer vorbestrafter Mensch. Im Konzern wurden in der Zeit von Anfang Mai bis zu der Mitte August vorigen Jahres erfolglos polizeilichen Schließung 9347 000 Mark eingezahlt, von diesem Gelde aber 5394 770 Mark zur doppelten Rückzahlung verwendet. Als Waffe sind 151 000 Mark vorhanden, beim Verfallbar. Vor seinem Selbstmord hatte Franke einen Brief an die Dresdner Staatsanwaltschaft geschrieben, er teilte darin mit, daß er große Beträge bei Buchmachern verwendet habe, in Berlin hätten die Buchmacher Kornblum, Jozeph, Gronauer und Wiek, in Dresden Gieseler derartige Kongergelder erhalten. Fast alle ersten Jockys und Trainer hätten von ihm viele Tausende von Mark Bestekungsgelder erhalten, zuletzt der Trainer Rieg in Hoppegarten, der 40 000 Mark bekam, um in Hannover ein Ding zu drehen, das ein gewisser Bewick aber durchkreuzte. — Der Chauffeur des Franke Zeuge Schönfelder bestätigte vor Gericht, daß der Konzerngründer im Auto alle Rennplätze besuchte, daß er sich auch in Berlin zwei Verhältnisse hielt, die dauernd viel Geld kosteten. Ueberdies waren noch 28 Zeugen, fast alles ehemalige Einzahl, geladen, die Beträge bis zu einer Viertelmillion Mark geleist und teilweise verloren hatten.

— **Söba.** Der Stadgemeinderat lehnte mit allen Stimmen der Bürgerlichen einen Antrag der Sozialdemokraten auf Einführung der Vermittlungsfreiheit in den Volkshochschulen ab, beschloß aber einstimmig, in diesen Schulen die unentgeltliche Abgabe von Schreibzeug, Zeichen- und Handarbeitstutensilien ab März 1922 einzuführen, zu welchem Zweck er 80 000 Mark bereitstellte.

— **Wittweida.** Unserer Feuerwehr wurde Dienstag früh 5 Uhr gemeldet, daß das Hartmittelwerk Frankenaus in Flammen stehe. Man fand beim Eintreffen einen ausgehenden Brandherd vor, der sich über das gesamte Fabrikgebäude erstreckte, sodah sich die Wehr darauf beschränken mußte, die anliegenden Kontor- und Lagerräume zu schützen. Diese Arbeit war bei dem schweren Sturm und der starken Rauchentwicklung außerordentlich schwierig, gelang aber,

dem gegen 8 Uhr durfte eine weitere Gefahr als beseitigt gelten. Der durch den Brand entstandene Schaden dürfte ganz bedeutend sein, da sämtliche Motoren und wertvolle maschinellen Einrichtungen durch das Feuer, dessen Entstehungsurache noch nicht ermittelt ist, vollständig zerstört worden sind. — Das Werk kann den Betrieb vorläufig nur durch Handarbeit weiterführen.

— **Wittweida.** Eine beträchtliche Bodenlenkung ist in der Dedertrake gegenüber der Gewerbeschule und zwar dicht neben dem Fußweg erfolgt. Dort fielen plötzlich in etwa 1 Meter Umfang die Steine des Pflasters in die völlig durchhöhlte Tiefe. An dem dadurch entstandenen großen Loch sah man ganz deutlich die frühere Höhlenhöhlenheit des jetzigen Straßenganges. Worauf die Bodenlenkung zurückzuführen ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

— **Treuen.** In der hiesigen Ledertuchfabrik wurde der 39 Jahre alte Farbmeister Oswald Weinhald in der Farb- stube von der Transmission erfaßt, mehrmals herum- und durchs Fenster schließlich ins Freie geschleudert. Beide Unterarme und Beine wurde dem Unglücklichen dabei ausgerissen, und wenn indert noch er den Geist auf.

— **Wittweida.** Am Montag veranstaltete hier im „Deutschen Kaiser“ die Deutsche Volkspartei eine öffentliche Wahlversammlung, für die der frühere Reichswirtschaftsminister, Oberbürgermeister Scholz, R. d. M., als Redner gewonnen war. Als der Redner auf die Volkspartei zu sprechen kam, wurde er von ganz jungen, der kommunistischen Partei angehörigen Burken in gemeinlicher Weise beschimpft, als er im Schlusswort der Farben Schwarz-rot-rot gedachte, steigerte sich der Ärger noch mehr. Die Internationale wurde angeklammert, worauf die Bürgerlichen „Deutschland, Deutschland über alles“ sangen. Kaum waren die ersten Töne dieses Liedes erklingen, da flohen kurz hintereinander, von dem Kommunisten geschleudert, zwei Stühle zum „bürgerlichen Tisch“ hinüber. Es entspann sich, wie die „Landauer Zeitung“ berichtet, eine wilde Schlägerei, in der Personen erheblich verletzt wurden, und u. a. auch einem Bürgerlichen „zwecks Festhaltung seines Namens“ ein Legitimationspapier von einem Kommunisten entrissen worden ist. Damit nicht zufrieden, ließen die selben ihren Fuß auf den Stühlen und Stühlen im Saale aus, die sie kurz und klein schlugen.

— **Leipzig.** Die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei haben bisher folgendes in der geheimnisvollen Morbaffäre ergeben: Durch die Kriminalpolizei wurde eine gründliche Durchsicherung der Hoffmannschen Wohnung in der Gualdstraße 18 vorgenommen. Diefelbe erob mit unabweisbarer Sicherheit, daß Conrad in einem hinter- losen Raum hinter dem Korridor ermordet worden ist. Es fanden sich zahlreiche Fußdrücker in einer Ude an der Tür und an der Wand. Es müssen sich größere Mutladen auf dem Fußboden befunden haben. Diefelbe sind nach Möglichkeit durch Aufwischen beseitigt worden. Wie bekannt, läßt sich aber Blut von ungetrichenen oder stark abgetretenen Tieren mit breiten Rifen nicht so entfernen, daß nicht der chemische Nachweis von roten Blutkörperchen möglich wäre. Hervorgehoben sei, daß unter dem Fußstein auch ein Küchenmesser gefunden wurde, an dessen Griff noch deutlich Blut zu erkennen war. Ein Zeuge be- kundet, er sei am Montag, dem 27. Februar, nachmittags 4 Uhr, zu der Beschuldigten gekommen und habe dort Conrad getroffen. Diefelbe habe mit Frau H. über den Verkauf seines Hauses in Lindenthal verhandelt. Frau H. sagte dem Zeugen, sie hätte dem C. 55 000 Mark für sein Grundstück geboten, er verlange aber 75 000 Mark. Der Zeuge wurde in ein anderes Zimmer geführt und erhielt die Weisung, sich von Conrad nicht sehen zu lassen. Die H. lief aufgeregt hin und her und animierte beide Männer zum Trinken. Schließlich, als sie merkte, daß C. bei seiner Forderung stehen blieb, erklärte sie dem Zeugen: „Diefelbe ist nur Gewalt anzunehmen, wie sie ganz allein. Meinem Sohn habe ich nach Dresden geschickt, das Dienstmädchen kommt jetzt auch nicht wieder. Den schämen wir beiseite, und du hilfst mir dabei.“ Der Zeuge lehnte rundweg ab. Darauf setzte sie sich dicht neben den Zeugen auf einen anderen Stuhl, ergriff seine rechte Hand und sagte eindringlich zu ihm: „Sei nicht dumm, denk an deine Kinder, andere geben dir auch nichts, und die 6000 Mark, die ich habe, kauft du gleich bekommen. Das geht schnell: in ein paar Minuten ist alles abgetan. Du hast dann weiter nichts damit zu tun; ich schaffe ihn selbst fort und benachrichtige die Frau Conrad, daß ihr Mann nach Halle gefahren ist. Hierauf nahm sie den Zeugen wieder bei der Hand und führte ihn an die Verbindungstür vom Vorraum in das dunkle Zimmer. Dabei sagte sie, der Zeuge solle sich an die Tür stellen und sie wolle mit Conrad vorbeigehen. Dann solle er ihm eine Leine über den Kopf werfen, das andere wolle sie selbst bejorgen.“ Dem Zeugen wurde es bei dem teuflischen Weibe ungemütlich und er wollte sich entfernen, um an die frische Luft zu kommen. Frau H. ließ ihn jedoch nicht gehen, mit dem Hinweis, dann käme er nicht wieder. Darauf sagte der Zeuge, daß er erst ein Glas Bier trinken müsse. Frau H. stellte selbst sofort solches zur Verfügung. Als der Zeuge dann gehen wollte, trat ihm die H. entgegen und fragte, wohin er wolle. Um fortzukommen, habe der Zeuge die Andrede gebraucht, den Abort aufsuchen zu wollen, und aus diesem Grunde seinen weichen Hut unter die Weste geklopft. Frau H. begleitete ihn aber und blieb vor dem Abort stehen. Endlich war es dem Zeugen aber doch gelangt, sich der Frau H. zu entziehen, die nicht mehr nachhaken war, zu entziehen, nachdem Conrad schon vorher gegangen war. Der Zeuge kam unmittelbar nach diesem unheimlichen Erlebnis in eine in der Dedertrake gelegene Gastwirtschaft und erzählte, was ihm angetragen worden war. Die Gäste hielten seine Rede für nicht ernst zu nehmende Auffänderei und machten sich über das Gedächtnis lustig. Daburch sei es gekommen, daß der Zeuge das ihm gestellte Ansuchen nicht mehr so ernst aufnahm und der Sache keine sonderliche Bedeutung mehr beilegte habe. Nach der Verhör-



lichteit der unheimlichen Frau wird noch mitgeteilt, daß die Hofmann seit zwei Jahren Witwe ist. Der Mann war damals Werkmeister in einer Mühle in Wahren und wohnte mit seiner Familie in Lindenthal. Der etwa 23-jährige Sohn Bruno Hofmann kam vor etwa zwei Jahren aus Kriegsgefangenschaft zurück und war dann bei einer Leipziger Bank angestellt. Er behindert sich ebenfalls in fast. Als der Obermann Hofmann gestorben war, zog die Frau nach Lindenau, wo sie Besitzerin eines Kaffees war. Seit Juni vergangenen Jahres wohnte sie in der Ewaldstraße und betrieb ein Geschäft mit Lebensmitteln. In Weihnachten gab sie den Handel auf und unterhielt dann in einem Hinterzimmer einen Ausschank von Wein und Spirituosen. Der Betrieb der verschwiegenen Schankstätte soll recht rege gewesen sein. Die Sitzungen zogen sich meist bis in die späten Nachtstunden hin. Es wird angenommen, daß die Gäste in dem verschwiegenen Winkel der Spielbeidenchaft geseht haben. Mit den Mitbewohnern des Hauses kam die Hofmann wenig in Berührung.

### Sächsischer Landtag.

Beginn der Sitzung 11 Uhr. Zunächst wird über die dem Hause zugegangene Regierungsvorlage über die Bewährung von Wirtschaftsbefehlen an Beamte verhandelt. Die Vorlage schlägt vor, die Regierung zu ermächtigen, an Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen den Beamten und Lehrern usw., soweit ihr Grundgehalt 45 000 Mark nicht übersteigt, vom 1. Januar 1922 an bis auf weiteres widerruflich laufende Wirtschaftsbefehle zu erteilen. Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Vorberatung dem Finanzausschuss A überwiesen. Auf der Tagesordnung stehen ferner Erklärungen in Wirtschaft. Als Stellvertreter in dem nach dem Votationsgesetz zum Landeshaushalt zu bildenden Ausschuss wird der Abg. Ritsche (Soz.), zum Mitglied des Verwaltungsausschusses für Mobilversicherung Abg. Wirth (Soz.) gewählt. In dem Ausschuss zur Überwachung der Remonten werden die Abg. Vagenhauer (Deutschnat.), Donath (Deutsche Sp.), Schombor (Soz.) und Wedel (Unabh.) gewählt.

Sodann werden die Statkapitel 9 (Steinkohlenwerk Janderode), 86 (Finanzministerium), 87 (Gebäude- und Maschinenverwaltung), 89 (Landeskonfession), 90 (katholische geistliche Behörden), 97 (katholische Kirchen und Anstalten), 98 (sonstige Kultusgewerbe) ohne Aussprache gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten antragsgemäß erledigt.

Darauf begründet Abg. Friedrich (Deutschnat.) eine Anfrage seiner Fraktion betr. Umlageverfahren für Kartoffeln aus der Ernte 1922. Wirtschaftsdirektor Ritsche: Die Regierung strebt keinesfalls an, mit dem Umlageverfahren die Zwangswirtschaft für Kartoffeln wieder herzustellen. Sie wolle nur verhindern, daß immer wieder eine kritische Zeit in der Kartoffelverfügung eintrete. Es handle sich bei der Umlage weniger um eine Preisfrage als um eine Versorgungsfrage. Der Höchstpreis sei im vorigen Jahre nur als Rohbedarf zu betrachten gewesen und, sobald angängig, wieder aufgehoben worden. Der Antrag an die Reichsregierung auf Erweiterung der Umlage habe den Hauptzweck, daß sich das Verfahren über das ganze Reich gleichmäßig erstrecken solle. Vor allem habe die Regierung die Versorgung der Bevölkerung im Auge. Für die Festsetzung eines angemessenen Preises werde die Regierung sich nach Maßgabe des Ernteertrages richten. Das Haus möge die Regierung in ihren Bestrebungen unterstützen. Bei der hierauf folgenden Besprechung der Anfrage wird die Ausdehnung des Umlageverfahrens auf das ganze Reich verlangt und jede Rückkehr zur Zwangswirtschaft abgelehnt. Der wilde Kartoffelhandel auf dem Lande müsse energisch eingeschränkt werden. An ein Umlageverfahren von Kartoffeln im Frühjahr könne man nicht denken.

Es folgt eine Anfrage des Abg. Ebert und Gen. betr. die Entlassung von Betriebsräten in der Chemischen Metallindustrie Abg. Siwert (Kommun.) begründet die Anfrage. Es handle sich um die Vermeidung der Wiedereinstellung von Betriebsräten bei Hartmann, Dübner und Wanderswerken. Nach monatelanger Verschleppung habe man sogar jedem der Betriebsräte namhafte Entschädigungen angeboten, wenn sie darauf verzichteten, in den genannten Betrieben wieder als Betriebsräte aufzutreten. Ein Vertreter des Arbeitsministeriums legt in Beantwortung der Anfrage die Kompetenzverhältnisse in diesen Streitigkeiten dar. Zunächst seien lediglich die ordentlichen Gerichte. Es könne keine Rede davon sein, daß das mit der Angelegenheit befaßte Landgericht den Untersuchern günstig und vornehmungen gewesen sei. Abg. Deutler (Deutschnat.): Sollen sie in einem Prozeß so schnell gearbeitet werden, wie in diesem. Es sei auch nicht zu umgehen der Arbeitnehmer entlassen worden. Was die angeblich angebotene Entschädigung von 75 000 Mark durch das Wanderwerk betreffe, so habe nicht dieses einen Vergleich herbeiführen wollen, sondern die Juristen. Aber die beiden Betriebsräte hätten dann je 150 000 Mark verlangt. Das sei von der Verflechtung abgelehnt worden. Die Vergleichsverhandlungen seien durch das politische Verhalten der Betriebsräte mißgünstig gestaltet. Man könne eben den Geist des Betriebsrätegesetzes nicht recht erfassen zu haben. Abg. Franz (Soz.): Die Entschädigung an die Betriebsräte sei durchaus verständlich, wenn man ermöge, daß sie sich bei dem verlangten Verzicht mit dem Gelde eine neue Existenz hätten gründen müssen. Das Betriebsrätegesetz müsse eben entsprechend geändert werden. Schließlich wird der Gesuchsteller über die Bekämpfung der Rattenplage an den Haushaltungsamt A ohne Aussprache überwiesen. Nächste Sitzung Donnerstag, den 16. März, vormittags 11 Uhr.

### Die neue Gemeindeordnung.

Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit: Durch die Presse wird die Nachricht verbreitet, der Minister des Innern habe infolge des Protestes sozialistischer Gemeindevertreter in der letzten Sitzung des Gesamtministeriums den Entwurf einer Gemeindeordnung vollständig fallen gelassen, um ihn nochmals umgestalten. Diese Nachricht ist falsch. Richtig ist folgendes:

Am 17. Februar 1922, also vor Jahresfrist, gab der Minister des Innern schriftlich Anweisung für die Ausarbeitung einer neuen Gemeindeordnung. In ihr war für die Gestaltung der Gemeindeverwaltung bemerkt: Die Verfassung der Gemeinden ist wie in der Landesverfassung in eine beschließende und verwaltende Körperschaft zu trennen. Folgerichtig angewandte Demokratie verleiht sich weder mit der Autokratie, noch mit dem Zweikammernsystem, deshalb kein Zweikammernsystem. Die Gemeindeverwaltung soll, wie das Gesamtministerium gegenüber dem Landtag, Vorschlagsorgan der Gemeindeversammlung sein. Sie soll ausführende Organ und beratende und vorbereitende Körperschaft sein, deren Sacharbeiter auf Zeit gewählt werden.

Der nach dieser Anweisung ausgearbeitete Entwurf einer Gemeindeordnung wurde von den Fraktionen der Mehrheit des Landtages verworfen, auch deshalb, weil er nicht weit genug ging. Der Minister beauftragte deshalb den Schriftführer Fischer mit der Ausarbeitung eines neuen Entwurfs, der im entscheidenden § 28 folgende Bestimmung enthielt:

Zur Vertretung und Verwaltung der Gemeinde wird in jeder Gemeinde ein Gemeinderat gewählt. Dieser besteht aus dem Bürgermeister und den erwählten befristeten und unbefristeten Gemeinderatsmitgliedern.

Fischer kam also praktisch auf den Stadgemeinderat für mittlere und kleine Städte zurück. Die sozialdemokratische Partei hatte sich auf das Einverständnis in den Gemeinden festgelegt und hatte ausdrücklich den Fischerschen Entwurf gebilligt. Von Gemeindevertretern der Unabhängigen Partei wurde aber der berechtigte Einwand erhoben, daß die Auswahl befristeter Gemeinderatsmitglieder durch den Gemeinderat eine Umgehung und Verletzung des direkten Wahlrechtes sei. In § 82 des Fischerschen Entwurfs wurde dem Bürgermeister das Recht gegeben, den Gemeinderat zu berufen und in diesem den Vorschlag zu führen, falls durch Ortsbesitz nichts anderes bestimmt sei.

Unter Beachtung obiger Einwendungen wurde dann im Referentenentwurf folgerichtig die Bürgermeisterverfassung vorgesehen, die in den süddeutschen Staaten und im Rheinland besteht. Der Referentenentwurf wurde Sachverständigen zur Überprüfung vorgelegt. Bei der Besprechung wurde von einer Seite einwendend, daß hierdurch dem Bürgermeister eine zu große Machtvollkommenheit eingeräumt werde, während von Vertretern großer Städte geltend gemacht wurde, daß sich mit diesem System in Großstädten nicht arbeiten lasse. Es wurde deshalb vom Minister erzwungen, ob er seinen ersten Vorschlag nicht wieder aufnehmen solle. Bei der verschiedenen Auffassung hielt er es aber zunächst für richtig, dem Landtage die Entscheidung dieser Frage zu überlassen und legte den sehr stark veränderten Referentenentwurf dem Gesamtministerium vor. Es ergab sich für den Minister, daß die Einarbeitung der Trennung von beschließender und verwaltender Körperschaft zu viele Teile des Entwurfs berührte, daß diese Arbeit für den Landtag zu umständlich sein würde. Deshalb schlug der Minister des Innern selbst dem Gesamtministerium vor, die Einarbeitung in die Vorlage vorzunehmen und erst dann den Entwurf dem Landtage zu überreichen. Das Gesamtministerium billigte einmütig diesen Vorschlag.

Der Entwurf einer Gemeindeordnung wird also nur in dieser Besetzung umgearbeitet und dürfte in längstens zwei Wochen dann dem Landtage ausgehen.

### Bereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Im Großen Saale der Bürgergesellschaft zu Bln wurde am Mittwoch die öffentliche Allgemeine Mitgliederversammlung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände eröffnet. Der Große Saal war dicht gefüllt. Der Vorsitzende der Vereinigung, Dr. Sorge, begrüßte die erschienenen. Bln ist als Tagungsort gewählt worden nicht nur wegen der herrlichen Umgebung, die von hier ergangen ist, sondern auch weil die industriellen und gewerblichen Arbeitgeber des unbesetzten Gebiets den bringenden Wunsch hatten, sich mit denen des besetzten Gebiets zu gemeinsamer Tagung zu vereinigen. Darüber hinaus sollte die Tagung die einmütige Auffassung der deutschen Industrie zum Ausdruck bringen, daß unsere Wirtschaft rechts und links des Rheines auf ewig ungeteilt bleiben soll. (Beifall.) Der Redner fuhr fort: Ueber allen unseren sachlichen Aufgaben steht der soziale Gedanke der Zusammengehörigkeit des gesamten deutschen Volkes. Die gefragte geschlossene Versammlung hat die Aufgaben der inneren Verwaltung behandelt, heute haben wir Herren aus Wissenschaft und Praxis gebeten, uns ihre persönlichen Gedanken über den inneren Ausbau mitzuteilen. Der Redner schloß hieran den Dank an die Herren, die sich zu Referaten bereit erklärt haben. Auf diese mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Vorsitzenden folgten Begrüßungsansprachen der Vertreter der Behörden.

Ministerialdirektor Dr. Sicker erbat das Vertrauen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum Arbeitsministerium und rühmte den oberwilligen Geist der Arbeitgeberchaft. Ministerialrat Feilingshaus vom Preussischen Handelsministerium sprach die Hoffnung aus, daß der großen Teuerungswelle keine Streitwelle folgen möge. Er stellte weitere Maßnahmen in Aussicht, "als die neue Schlichtungsordnung die frivolen Streiks nicht verhindern könne. (Beifall.)

Namens der Vereinigung Kölner Arbeitgeberverbände hielt Generaldirektor Dr. Müller die erschienenen willkommen. Er erklärte die Aufgabe der Vereinigung auf sozialpolitischem Gebiet in der Erhaltung des Wirtschaftslebens, namentlich durch die Arbeitsgemeinschaft, verlangte aber auch, daß in anderen Kreisen, namentlich bei der Arbeitnehmerchaft, die Erkenntnis einzieht, daß unter Wirtschaftslieben die Erklärungen großer Streiks auf die Dauer nicht ertragen kann. (Beif. Zustimmung.) Der Redner wies darauf hin, daß es die wirtschaftspolitische Aufgabe der Vereinigung sein werde, eines Tages weiteren Lohn- und Gehaltsforderungen energischen Widerstand zu leisten im Interesse des gesamten deutschen Volkes und darüber hinaus der Weltwirtschaft. (Sehr richtig.) Als erstes der Referate folgte nun der Vortrag des Professors Dr. Oskar Spann-Wien über

Die wissenschaftliche Ueberwindung des Marxismus. Der Redner behauptete, daß wir immer noch im Sinne des Marxismus stehen, obwohl er in München, Budapest und Moskau gelehrt hat, daß er nicht lebensfähig ist. Dürfte die Wissenschaft diese Tatsache früher festgestellt, dann wäre alles besser geworden. Professor Spann behandelte neben der geschichtstheoretischen und politischen vor allen Dingen eingehend die wirtschaftliche Theorie des Marxismus und wies ihre Unhaltbarkeit nach. Er leitete zum Schluß den Gedanken der völkischen Gemeinschaft. Das ganze deutsche Volk werde begreifen, daß die Lehren des Marxismus falsch sind. (Beifall.)

In der Aussprache unterrichteten Professor Leopold v. Dieke und Professor Dr. Martin Spahn die Ausführungen des Redners.

Den zweiten Vortrag hielt der Landtagsabgeordnete Dr. Kalle-Biedrich a. Rh. über

Die Wirtschaft und Sozialpolitik im Dienst des Volksgemeinschaftsdenkens.

Der Redner schilderte die Zwietracht, die stets in der heutigen Welt die soziale Entfaltung des Staates

von innen heraus gekübelt habe. Heute ist es die soziale Verfallung, die das Volk auseinander reiht. Dieses Schicksal müßte wir auch nach dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges im Zusammenbruch des alten Staates und in der Erschütterung aller Grundlagen durch die Revolution erleben. Wer vor dem Kriege beobachtet hatte, wie es der Sozialismus verhand, immer weitere Kreise der Industrie- und Arbeiterchaft in seinen Bann zu zwingen, den habe dieses Ereignis nicht überrascht. (Sehr richtig.) Da sollte es, die eine Aufgabe voran zu stellen: Uneigennützig und mit aller Kraft zu arbeiten an der Wiederherstellung einer wahren deutschen Volksgemeinschaft. (Beif. Zustimmung.) Im Anschluß daran unterrichtete der Redner die Aufgaben der Wirtschaftspolitik, zunächst der Arbeitgeber. Heute, wo die bindende Kraft des Christentums fehlt, müsse auch der Industrielle aktiv an der Staatsleitung teilnehmen. Dieser Wille zur Mitarbeit müsse in allen Kreisen vorhanden sein, wenn nicht die andere über und zur Tagesordnung übergehen sollen. Nicht neue Gesetze seien die Aufgabe der nächsten Zukunft, sondern Verhandlungen für andere Mitglieder der Volksgemeinschaft, insbesondere für die Bediensteten der Arbeiterchaft. Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft müsse sich mehr und mehr durchsetzen. Gerade die Besen unter den Industriellen empfinden längst, daß nicht materielle Interessen, sondern die Freude am Schaffen ihre antreibende Kraft lenkt. In diesem neuen Sinne sei die ausgeleitete Industrie längst nationalisiert. Andererseits müsse bei der Arbeitsgemeinschaft wieder Verzicht und Verantwortungsgewißheit einziehen, während sie heute der egoistischen Praxis des Sozialismus nachlaufe, die sich aus der ursprünglich altruistischen Theorie durch die Revolution entwickelt habe. Der Redner erkannte die Tätigkeit des christlichen Gewerkschaftsführers Siegerwald an und glaubte auch bei den Führern der sozialistischen Gewerkschaften Zeichen beginnender Einsicht erblicken zu können. Er hoffte, daß die Liebe des deutschen Arbeiters zur Heimat das letzte Wort zu sprechen haben wird und schloß unter stürmischem Beifall mit dem Versprechen, daß die Arbeitgeber, namentlich die des Rheinlandes, in unerschütterlicher Treue am Staate stehen und an dem geliebten deutschen Vaterlande festhalten.

In der Aussprache über den Vortrag erhob Doktor Dr. Kraß Einspruch gegen die Verunglimpfung von Hugo Stinnes durch gewisse Zeitungen.

Es folgte der dritte Vortrag, Vorsitzender des Reichswirtschaftsrates Eder von Braun referierte über

### Die Einwirkung des Versailler Vertrages und Reparationen auf die Sozialpolitik.

Der Redner bedauerte, daß der Versailler Vertrag in Deutschland so wenig bekannt ist. In seinem dreizehnten Teil wird berichtet, daß unerschöpfbare Vorkommen für die Kohnarbeiter bei den Bestimmungen des Vertrages herauskommen sollen. (Lachen.) Dabei herrscht in England und in fast allen Siegerstaaten, wie auch bei den Neutralen eine Arbeitskräft, wie seit 100 Jahren nicht. Deutschland hat zur Zeit eine verhältnismäßig geringe Arbeitsloseniffer, es hat auch in der Sozialpolitik sogar die Ziele erfüllt, die im Versailler Vertrag als Ideal hingestellt worden sind. Aber diese Bilanz ist nur scheinbar, sie ist nur auf die ungenügende Belastung der deutschen Volkswirtschaft durch den Vertrag zurückzuführen. Das muß zum Zusammenbruch und zum Verlust aller sozialen Errungenschaften führen, wenn nicht rechtzeitig eine Umkehr der Ruhestellung unserer Volkswirtschaft in ungeheurer zurückgegangen. 1920 war unsere Handelsbilanz mit mehr als 2 1/2, unsere Zahlungsbilanz ohne die Reparationen mit mehr als vier Milliarden Goldmark passiv. 1921 bringt keine Besserung, denn die Ausfuhr ist um 25 Prozent der Menge nach, um 3 1/2 Milliarden dem Werte nach geringer als im Frieden. Wir verkaufen nicht nur den Ueberfluß, sondern den Fundus unserer Volkswirtschaft ins Ausland. Der Redner wies nach, daß sich unser Volkvermögen infolge der Kriegsverluste um 50 Prozent vermindert hat. Dazu kommen die Gebietsverluste mit 72 000 Quadratkilometer und acht Millionen Einwohnern in Europa und fast drei Millionen Quadratkilometer und 13 Millionen Einwohnern in den Kolonien. Ein Wiederaufbau ist nicht möglich, wenn die Bestimmungen von Versailles und die Reparationen bestehen bleiben. Je größer die Not, umso fester muß der Zusammenhalt des deutschen Volkes sein. (Beif. Zustimmung.)

In der Aussprache über den Vortrag wünschte Reichstagsabgeordneter Dr. Strzesmann, daß wir hineinziehen ins politische Leben und der Volkswirtschaft vor Augen führen, was der Vertrag von Versailles für sie bedeute. Wir haben die Aufgabe, auf die Krise der Volkswirtschaft hinzuwirken und die Frage an die Welt zu richten, ob sie sich den Augen in das Chaos hineinsehen will. Nur der Weg der Volksgemeinschaft führe aus dem Elend heraus. Jede Hand, die sich darbietet, soll ergriffen werden. Gegenüber einer Bemerkung des Professors Spann erklärte Dr. Strzesmann, er sehe in der Arbeit von Hugo Stinnes nicht das Werk eines Mannes, der durch sein Kapital wirkt, sondern das Wirken einer Führerpersönlichkeit in der deutschen Wirtschaft.

In seiner Schlussansprache rief der Vorsitzende Doktor Sorge nochmals zur Einigkeit auf. Er schloß mit den Worten Alfred Krupp: Das Ziel unserer Arbeit soll das Gemeinwohl sein!

Damit hatte die Tagung ihr Ende erreicht.

### Die Zwangsanleihe.

Ueber die Grundzüge der Zwangsanleihe, wie sie vom Reichsfinanzministerium geplant werden, wird vom „Vorwärts“ folgendes mitgeteilt:

Unter der Annahme eines steuerbaren Vermögens von 1000 Milliarden berechnet man die Durchschnittsbelastung auf etwa 5 Prozent. Vermögen bis zu 100 000 M. sollen frei bleiben. Für das reine Kapitalvermögen beabsichtigt man die Freigrenzen bis zu einer Million zu erhöhen. Am aber unter diese Belastung nicht auch solche Personen fallen zu lassen, die Kapitalwerte besitzen, welche der Wertminderung gelost sind und demgemäß hohe Erträge abwerfen, oder die neben Erträgen aus Kapitalvermögen noch sonstiges Einkommen besitzen, will man die erhöhte Freigrenze nur denjenigen zubilligen, deren für 1922 veranlagtes Einkommen den Betrag von 40 000 M. nicht übersteigt. Die Regelung ist ungefähr so gedacht, daß man für den ersten 250 000 M. 2 v. H. für die nächsten 250 000 M. 4 v. H. für die weiteren und nachfolgenden 250 000 M. 6 bis 8 v. H. und für die übrigen Beträge 10 v. H. erhebt. Was die Erhebung der Zwangsanleihe anbelangt, so sollen für besonders frühe Einzahlungen, etwa bis zum 1. Juli 1922, Anreize durch Gewährung eines Diskonts (höchstens 10 Prozent) geschaffen werden. Nach den bisherigen Verhandlungen mit den Sachverständigen hat man jedoch die Vermutung, als ob hieraus ein nennenswerter finanzieller Erfolg nicht zu erwarten ist. Sind Einzahlungen bis zu einem späteren Zeitpunkt des Jahres 1922, etwa 1. Oktober 1922, nicht erfolgt, so beabsichtigt man, auf den endgültig zu leistenden Anleihebetrag einen erheblichen Strafzuschlag (50 Prozent) und darüber setzungen. Solche Zuschläge sollen nicht in Frage kommen, wenn der vorausgesetzte und der endgültig gezahlte Betrag nicht ausreicht (etwa 25 Prozent) voneinander abzuweichen.

Jede vorzugsweise Ausstattung der Anleihe soll vermieden werden. Es wird deshalb vom Reichsfinanzministerium ein Anleihefuß von 100 Prozent und ein Zinsfuß von 3-4 Prozent nach Ablauf der dreijährigen Unverzinslichkeit in Erwägung gezogen. Auf eine besondere Amortisation

Gegen raue aufgesprungene Haut  
**CREME MOUSON**  
vollkommenstes Hauptpflegemittel



Der Aufsicht soll nicht verschoben werden. Die Amortisation wird sich aber nach den vorliegenden Zahlen auf ein halbes Prozent im Jahre auswirken. Der Kapitalwert soll vermindert werden. Soweit bisher feststeht, wird die Anleihe durch die Darlehensfaktoren bedingt werden, damit diejenigen Gewerbetreibenden, welche aus Mangel an liquiden Betriebsmitteln Schwierigkeiten mit der Beschaffung der Gelder haben, sich eine teilweise Erleichterung verschaffen können.

## Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Ein Vizepräsident des Reichspräsidenten verurteilt. Die Strafkammer in Jüterbog verurteilt gestern den Vizepräsidenten Ehrhards in Magdeburg wegen Verleumdung des Reichspräsidenten und Jurisprudenz gegen den Rangparagrafen (§ 180a R.-St.-G.-B.) zu zwei Monaten Gefängnis. Ehrhardt hatte unter Mißbrauch seines Amtes von der Kasse herab Verleumdungen gegen den Reichspräsidenten ausgesprochen, insbesondere Verleumdungen über dessen Privatleben verbreitet. Der Reichspräsident hatte sich als Nebenkläger dem Verfahren angeschlossen und ließ sich durch den früheren preussischen Minister des Innern, Rechtsanwalt Wolfgang Heine, vertreten.

Eine Abenteuerfahrt. B. L. F. meldet aus Berlin: In der Angelegenheit des Schiffes „Moandra“, das nach Presseberichten mit deutschen Offizieren an Bord Flugzeugmaterial einer fremden Macht zuführen sollte, wird von zuständiger Seite erklärt, daß es sich um ein Schiff mit italienischem Kapitän und italienischer Besatzung handele. Das Schiff, das im Hafen von Triest lag, war auf Veranlassung der internationalen Militärkontrollkommission nach Kriegsmaterial untersucht worden. Es wurde jedoch nichts gefunden. An Bord befanden sich mehrere Jagdflüge, die deutsche Offiziere waren, deren Weiterreise mit dem Schiff von der Kommission aber nicht beantragt wurde, da ihre Pässe in Ordnung waren. Das Schiff erhielt die Erlaubnis zum Verlassen des Hafens und fuhr nach Fredericia. Dort wurde versucht, Flugzeugmaterial in das Schiff einzuladen. Dies wurde aber auf Betreiben der englischen Regierung von den dänischen Behörden verhindert. Es handelte sich um deutsche Luftfahrzeuge, die aber bereits seit zwei Jahren in Dänemark lagen. Die deutsche Regierung hatte während des Aufenthalts des Schiffes in Fredericia die deutschen Jagdflüge erlitten, nach Deutschland zurückzuführen, was diese auch taten. Das Schiff ging darauf nach England in See. Bei der ganzen Angelegenheit handelt es sich um eine Abenteuerfahrt von Privatleuten.

Einbeziehung der Soldaten in die Reichsversicherungsordnung. Der Reichsrat nahm gestern den Gesetzentwurf über die Einbeziehung der Soldaten in das vierte Buch der Reichsversicherungsordnung und in das Versicherungsgebiet für Angestellte an. Die Einbeziehung der Soldaten sei notwendig geworden, weil das Reich zu den Soldaten jetzt wie Arbeitgeber zu Arbeitnehmer trete. Der Antrag Thüringens auf Zwangsversicherung wurde abgelehnt und die Bestimmungen der Vorlage über die freiwillige Versicherung beibehalten.

Amnestieordnung in Thüringen. In Ausführung eines Beschlusses des Thüringer Landtages hat die Regierung eine Amnestieordnung erlassen. Die Amnestie soll besonders Anwendung finden bei politischen Vergehen, die entstanden sind bei Kämpfen um die soziale und wirtschaftliche Ordnung, bei Verleumdungen und bei aus Not erfolgten Übergriffen, bei denen nicht auf Strafen aber ein Jahr Gefängnis erkannt worden ist.

Aufhebung der Stelle für Ein- und Ausfuhrüberwachung. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hört, steht die Aufhebung der Stelle des Reichsbeauftragten für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr bevor. Die Geschäfte gehen auf die Zollverwaltung beim Reichsfinanzverwaltung über.

Die Streikfrage in Mitteldeutschland. Ein Streik der sämtlichen Angestellten in Halle steht bevor. Die Angehörigen haben den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses mit 90 Prozent abgelehnt und den Arbeitgebern ein Ultimatum gestellt, bis Freitag mittag die Forderungen der Angehörigen restlos anzunehmen, widrigenfalls der Streik am Sonnabend beginnen werde. Der Reichsarbeitsminister ist telegraphisch unterrichtet worden. In der Arbeiterbewegung des Maschinen-Bau-Arbeiters ist die gesamte Belegschaft von 4000 Mann wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Die Reichsregierung. Nach der formellen Übergabe des Bundespräsidenten in das Verzeichnis der Deutschen erfolgte heute als zweiter Schritt der Stappenspolitik zur Verwirklichung der Deutschen die Einlegung von zwei deutschen Beisitzern, eines Agrars und eines Sozialisten, bei der Bundesregierung für Wörmern.

Die Sommerzeit. Die Kammer hat nach zweitägiger Beratung in ihrer gestrigen Vormittagssitzung den Gesetzentwurf über die Einführung der Sommerzeit mit 265 gegen 160 Stimmen abgelehnt. In der Nachmittags-Sitzung ist jedoch auf dringenden Wunsch der Regierung ein Amendement mit 299 gegen 229 Stimmen angenommen worden, durch das bestimmt wird, daß in diesem Jahre noch einmal die Sommerzeit Geltung haben solle.

Der englisch-irische Vertrag angenommen. Das Unterhaus hat mit 295 gegen 52 Stimmen den Gesetzentwurf über den englisch-irischen Vertrag in dritter Lesung angenommen.

Die Verhandlungen in der Metallindustrie geendet. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Metallindustrie, die die Vermeidung der Auslieferung am 11. März bezweckten, sind endgültig geendet.

Erste Tage im Rammminergelände. Wie aus Johannesburg gemeldet wird, ist die Lage im Rammminergelände sehr ernst. Eine große Zahl von Arbeitern aller Erwerbszweige habe dem Befehl zum Generalstreik Folge geleistet. Im Mittelpunkt der Stadt sind die Läden geschlossen. Der Verkehr ruht.

## Bermischtes.

Der Fall von Röhne. Aus Berlin wird gemeldet: Nachdem die gerichtliche Voruntersuchung in der Angelegenheit von Röhne zu dem Ergebnis gekommen ist, daß Rittergutsbesitzer von Röhne bei der Niederstreichung des Arbeiters Nietert in Röhne gehandelt hat, hat gestern Herr von Röhne gegen den Arbeiter Nietert Strafantrag gestellt.

Zum Untergang des „Groot-hoff“. Nach einer Meldung von Boesmans Telegramm-Büro in Bremen ist die aus englischen Quellen kommende Meldung von dem auf See erfolgten Untergang des deutschen Dampfers „Groot-hoff“ nicht zutreffend, da es einen deutschen Dampfer gleichen oder ähnlichen Namens überhaupt nicht gibt. Vermutlich handelt es sich um den norwegischen Dampfer „Groot-hoff“ (2068 Bruttoregistertonnen), der von Reo-Deleand nach Göteborg abgegangen war und bereits seit längerer Zeit abwesend ist.

Sturm in der Villa. Donnerstag gegen Mittag wurde die mittlere Kuppel der Innenhalle des Bahnhofs in Lille durch den Sturm abgedeckt. Eisene Trümmerstücke zerfielen in der Nähe befindlichen Treppenhäusern. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Millionen-Einbrüche in Berlin. Eine Reihe von großen Einbrüchen sind jetzt von der Berliner Kriminalpolizei aufgeföhrt worden. Die Räuberzettel wurden in der Friedrichstraße, in der Händelstraße, in der Kantstraße, in Westend aufgeföhrt, obwohl die Wohnungen und Villen mit besonderen Sicherheitsvorrichtungen versehen waren. Den Einbrechern fiel namentlich Silberzeug in die Hände, das alles in allem rund 2 Millionen Mark wert ist. Der Kriminalpolizei gelang es jetzt nach langwierigen Beobachtungen, sämtliche Einbrecher zu ermitteln, verschiedene Diebstahlstrafen und einen großen Teil des gestohlenen Gutes wieder herbeizuföhren. Die Einbrüche wurden von drei Verbrecherkolonnen ausgeföhrt. Die Feststellungen der Kriminalpolizei ergaben, daß alle drei Kolonnen in enger Verbindung mit galizischen Diebtern standen. Diese Galizier hielten wieder enge Föhlung mit den Belmeralschmelzern, deren Betrieb genehmigt ist. Die Organisation war so straff durchgeföhrt, daß die gestohlenen Sachen oft schon an die dritte und vierte Hand verkauft worden waren, wenn die Kriminalpolizei Anzeige von dem Einbruch erhielt. Den Erfolg für ihre Beute brachten die Einbrecher in kurzer Zeit wieder durch.

## Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 10. März 1922.

Dr. Hermes zum Reichsfinanzminister ernannt.

Berlin. Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Hermes unter Entbindung von der Verwaltung dieses Ministeriums zum Reichsminister der Finanzen ernannt.

Der neue Reichsernährungsminister.

Berlin. Für den Posten des Reichsernährungsministers, der ausfindig nicht eingesetzt werden soll, obwohl die Gelegenheit dazu nach dem Übergang von Doktor Hermes in das Reichsfinanzministerium günstig wäre, soll der Zentrumsgewählte Dr. Gerard in Betracht kommen. Dr. Gerard ist Mitglied der Regierungskommission in Potsdam und seit dem Herbst v. J. dritter Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Reichstages.

Der „Temps“ zu der amerikanischen Botschaft.

Paris. Der „Temps“ schreibt zu dem Entschluß der Vereinigten Staaten, an der Genuever Konferenz nicht teilzunehmen, die Amerikaner glauben, sich gegenüber den europäischen Angelegenheiten desinteressieren zu können. Das könnten sie während einer gewissen Zeit tun; aber, meint das Blatt, es wolle nicht fragen, was das kosten würde. Es sei wahr, daß Europa nationalen Aktivitäten ausgesetzt ist und daß diese fortgesetzte Komplikationen schaffen könnten; aber die Vereinigten Staaten seien wahrscheinlich einem logischen Kampfe ausgesetzt. Wenn man ohne Hilfe der Vereinigten Staaten den Wohlstand Europas wieder herstelle, werde dies sehr wahrscheinlich die soziale Krise in den Vereinigten Staaten beschleunigen und verstärken. Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten sich weigere, nach Genue, der Heimat Columbus, zu gehen, sei es nicht einzig und allein deshalb, weil sie befürchte, Europa zu entdecken, sondern auch deshalb, weil sie nicht an die Seite der Sowjets gehen wolle, ohne von ihnen vorher die notwendigen Verpflichtungen und Zusagen zum Wiederaufbau Russlands zu verlangen. Die Amerikaner verlangten übrigens auch, daß nach Russland nicht zum Nutzen dieser oder jener Macht mit Opprobien belaste. In diesem Punkte hätten sie vollkommen Recht. Der „Temps“ fragt, ob es nach der Weigerung der Vereinigten Staaten noch Sinn habe, die Konferenz von Genue abzuhalten. Gewisse Propagandisten würden behaupten, wenn man diese Frage stelle, laßtere man den Wiederaufbau Europas. Wenn man sie aber nicht stelle, würde das Publikum sich lustig machen. Was bedeute der Wiederaufbau Europas ohne die Hilfe der Vereinigten Staaten? Die Verhandlungen von Genue seien ein Bankrott; man möge sie baldigst durch einen besser ausgestatteten Aktionsplan ersetzen.

Die „Aber“ schreibt, der Welt, den Washington abgelehnt habe, werde der Konferenz von Genue eine ernsthafte Verletzung beibringen; denn die Amerikaner würden an ihr nicht nur nicht teilnehmen, sondern auch aus der Fernkontrolle, was vor sich gebe, und ihre Kontrolle werde, wie es scheint, nicht wohlwollend sein. Die Note der amerikanischen Regierung spreche unabweislich aus, daß die Vereinigten Staaten nicht damit einverstanden seien

wären, wenn irgendeine Macht in Russland den Sowjetanteil an sich riffe und England, Frankreich oder Japan den Sowjets Bergwerks- und Petroleumkonzessionen auf Kosten anderer Länder abgäben. Die Vereinigten Staaten hätten für Russland wie für China den Grundlag der offenen Tür aufgestellt.

Genuever Stimmen zur Rede Rathenaus.

Paris. In der Rede Dr. Rathenaus schreibt der „Temps“ unter Hervorhebung der Stelle, daß Deutschland auf Grund seiner Unterzeichnung verpflichtet sei, wieder zumachen, Rathenaus habe seine Auseinandersetzung mit der Forderung einer großen internationalen Anleihe beendet, die Deutschland aufnehmen und die zur Bezahlung der Reparationen dienen würde. Dieser Plan sei wert, daß er in Frankreich zahlreiche Anhänger habe. Und in der Tat, wenn die deutsche Regierung sich bemühe, im Einklang mit seinen Gläubigern zu erklären, so würde dies weder unmöglich sein noch allzufern liegen.

Der „Temps“ bespricht dann die Ausdrucksweise für die Artillerie, in der er ein Angebot für den internationalen Widerstand Deutschlands sieht, der für die Wolltätigkeit Rathenaus ebenso gefährlich sei wie für die Interessen der Alliierten. Die deutsche Regierung, schließt der „Temps“, sollte doch verhindern, daß so mit dem Feuer gespielt werde. Der sozialistische Abgeordnete Aubriot schreibt im „Bon Soir“, Rathenaus denke nicht, daß die Konferenz von Genue das Reparationsproblem und den Friedensvertrag von Versailles diskutieren könne. Er versuche also nicht einen Erfolg der Reparationspolitik, mit der man Frankreich bedroht habe; er sei nur wie auch die Franzosen, bemüht, ein wirksames Mittel zu finden, um die übernommenen Verpflichtungen auszuführen und suche die Lösung in einer Serie internationaler Anleihen zu Kosten Deutschlands, was den doppelten Vorteil haben würde, daß Deutschland seine Gläubiger in der Bezahlung könnte und die internationalen Schulden auf eine bestimmte Zahl von Annuitäten verteilt würden.

Die Konferenz der alliierten Finanzminister.

Paris. Die Verhandlungen der Finanzminister machten, wie Savas berichtet, gestern große Fortschritte und schienen heute zu einer völligen Einigung führen zu können. Die Artikel der in Genue ausgearbeiteten Kompromißverträge wurden nochmals durchgesehen. Ihr endgültiger Text, merklich abgeändert, wird die seit der letzten Sitzung des Obersten Rates in der Schweiz beabsichtigten Fragen, besonders die der Besatzungskosten, der Verwertung der Staatsschatzen, die Verteilung der von Deutschland zu leistenden Zahlungen usw. regeln. Die Niederschreibung der Verhandlungen dürften in der Gesamtheit geblieben werden. Es wird Sache der Reparationskommission sein, die von Deutschland 1922 und in den folgenden Jahren zu bewertenden Zahlungen festzusetzen. De Lasten hat seine alliierten Kollegen verpflichtet, ihre verschiedenen Regierungen aufzufordern, Anweisungen an ihre in der Reparationskommission stehenden Vertreter zu geben, um bei Deutschland nachdrücklich darauf zu dringen, daß es seine Verpflichtungen ausführen solle. Robert Horn, Lhénaus und Savas beschlossen, in diesem Sinne zu wirken.

Ein englisches Munitionslager in die Luft geflogen.

Boulogne-sur-Mer. Ein in der Nähe des englischen Munitionslagers, das in das Eigentum einer englischen Firma übergegangen war, ist in die Luft geflogen. Bis jetzt sind sieben Tote, darunter fünf Frauen, festgeföhrt und außerdem 20 Verletzte. Die Zahl der Opfer ist aber wahrscheinlich noch größer.

Unruhen in Sibirien.

Johannesburg. Die Regierung hat mit Rücksicht auf die Unruhen mehrere Infanterieregimenter mobilisiert, um die Polizei von Johannesburg zu verstärken.

Russ und Sibirien.

Wochenplan der Sächsischen Staatstheater in Dresden vom 12. bis 20. März 1922. Oberhaus: Sonntag: „Die Rauberflöte“ (7-10). Montag: „Der kleine Hase“ (11-14). Dienstag: „Die lustigen Weiber von Windsor“ (7-10). Mittwoch: „Die Meisterfänger von Nürnberg“ (11-14). Donnerstag: „Der Trottmann“ (11-14). Freitag: „Der kleine Hase“ (11-14). Samstag: „Tristan und Isolde“ (11-14). Sonntag: „Der kleine Hase“ (11-14). Montag: „Die Hedermaus“ (7-10). Dienstag: „Die Hedermaus“ (7-10). Mittwoch: „Die Hedermaus“ (7-10). Donnerstag: „Die Hedermaus“ (7-10). Freitag: „Die Hedermaus“ (7-10). Samstag: „Die Hedermaus“ (7-10). Sonntag: „Die Hedermaus“ (7-10).

Spott.

Dieser Sportverein. Die Bismarckgesellschaft des R.A.V. „Fahn“-Dresden wird dem Nordachsenmeister in folgender Aufstellung gegenüberstehen: Tor: Rieger 1; Verteidigung: Möbius, Schieber; Dackung: Schuber, Dietrich, Schmidt; Sturm: Biedler, Mahte, Weibel, Kaiser, Reichow. Die Herren Möbius, Schuber und Weibel haben bereits wiederholt repräsentativ gespielt. Der Sturm ist bekannt durch seine ganz außerordentliche Schnelligkeit, der Mittelstürmer Weibel ein unermüdlicher Sturmführer. Wir hoffen, daß uns die Dresdner Gäste ebenso wie die noch in guter Erinnerung stehenden Leipziger „Sportfreunde“ ein schönes Werkspiel vorführen werden.

Dresdner Schlachtviehmarkt am 9. März. Auftrieb:

1. Rinder: a) - Ochsen, b) 8 Bullen, c) 14 Kalben und Röhre, 2. 480 Kälber, 3. 15 Schafe, 4. 478 Schweine. Preise in Mark für Lebend- und Schlachtgewicht: Rinder und Schafe wie am Montag. Kälber: 1. Doppellender - 2. beste Röhre- und Saugföhler 1700 bis 1800, 2725 bis 2850, 3. mittlere Röhre- und gute Saugföhler 1500 bis 1600, 2550 bis 2675, 4. geringe Kälber 1300 bis 1400, 2425 bis 2525. Schweine: 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2, Jahr 2000 bis 2100, 2275 bis 2675, 2. Fettschweine 2200 bis 2300, 2750 bis 2875, 3. fleischige 1800 bis 1900, 2400 bis 2500, 4. gering entwidelte 1800 bis 1700, 2300 bis 2400, 5. Sauen und Ober 1700 bis 1900, 2300 bis 2500, Tendenz des Marktes: Kälber flott, Schweine mittel.

## Geschlechtskrankheit!!

Spezialarzt Dr. med. Dammann

Berlin W. 177 Potsdamerstraße 123 D.

Dr. Oetker's Fabrikate

Backin, Pudding-Pulver, Milch-Eiweiss-Pulver, Vanillin-Zucker, Gustin

sind Blanzstellungen kochenchemischer Erzeugungenschaften u. werden von erfahrenen Hausfrauen als Perlen im Küchenarschatz bezelchnot.

Die bekanntesten Marken sind:

- Dr. Oetker's Backpulver „Backin“
- Dr. Oetker's Vanillin-Zucker
- Dr. Oetker's Pudding-Pulver
- Dr. Oetker's „Gustin“
- Dr. Oetker's Milchweiss-Pulver
- Dr. Oetker's Rote Grütze
- Dr. Oetker's Einmache-Hülfe

a. u. w.

Dr. A. Oetker

Bielefeld.



**Schlafstille frei**  
 Schönerstr. 16, 3. r.  
 (2 Ver.) u. ein Kind) (aub.,  
 unerschütterlich)

**Mädchen**  
 m. schon in best. Hause tätig  
 war. Mit Buch vorzustellen  
 Gröba, Nießner Str. 11, 1.

**Kaufbursche**  
 18 Jahre alt, erlucht.  
 H. Kuntzsch, Hauptstr. 80.  
 Jüngerer oder alt. Mann als  
**Hausdiener gesucht.**  
 Gasthof Alte Post, Stauchitz.

**Meister led. Gärtner**  
 od. Gartenmann f. spätestens  
 1. April in Villengrundstück  
 gesucht. Selbiger muß zwei  
 Hektar m. übernehmen. Bezu-  
 gnahme, Gehaltsansprüche sind  
 einzuwenden an  
**Frau Döring,**  
 Waldheim i. S.,  
 Wittwebaer Straße 20.

**Revolverdreher**  
 auf Vermatur, sowie auf solche  
 eingearbeitete  
**Schlosser**  
 sucht sofort  
**Holand-Apparatebau Nießner**  
 Mina & Pöbe.

**Familienexistenz.**  
 Kolonialwaren-Produkten-  
 geschäft m. Schlichtbau neu.  
 Bohnen, Tausch eininkl. Waren  
 f. 32 Mille zu verkaufen. Gefl.  
 Off. an J. Schubert, Dresden-  
 Cotta, Chamissostraße 4.

**Schöne Kühe**  
 hochtragend und  
 mit Kübeln, wobei sichere  
 Zucht, stehen von heute an  
 preiswert zum Verkauf.  
**Günther Thielemann**  
 (Inb. Arthur Thielemann)  
 Viehhandlung  
 Stolzenhain Nr. 5,  
 Fernsprecher Gröba/Gr. 10.

**Guterhaltenes Piano**  
 gegen Garantie zu mieten  
 gesucht; wird nur sehr wenig  
 gebraucht. Off. unt. T Q 8841  
 an das Tageblatt Nießner.

**Gebr. Anabenrad**  
 auch wenn defekt, zu kaufen  
 oder gegen Herrenrad zu  
 tauschen gesucht.  
 Winkler, Hauptstr. 78, 1.

**Gebr. Hobelbank**  
 mit Werkzeug zu kaufen ge-  
 sucht. **Albert Blas 8. v.**  
 Ein bl. Koffein, ein schw.  
 Tuschackett, ein gebr. Hoch,  
 für solenne Figur passend, zu  
 verk. Gröba, Geogr. 4.  
 Damenrad, neu, billig zu verk.  
 zu verk. im Tagebl. Nießner.

**Gebr. Damen- und  
 Herren-Rad**  
 zu verkaufen. Zu erfragen  
 im Tageblatt Nießner.

**Oberrealschulbücher:**  
 1 Botanik, 1 Zoologie,  
 1 Grammatik (Lyon-Scheel,  
 Handb. f. d. Deutsch. Spr.) u. v.  
 Zu erf. im Tagebl. Nießner.

**Kinderwagen**  
 zu verkaufen **Wittwebaerstr. 6, v.**  
 1 gr. Anzug f. j. Herrn,  
 12. Uhr, 1 Gefangbuch u. v.  
 Verkäufer Str. 24, 1. l.

**Lastkraftwagen**  
 Preis 1, 1/2, 2, 14/35 PS.  
 fast neu, veränderungslos  
 zu verkaufen.  
**Franz Burkhardt,**  
 Strebla-Elbe, Fernruf 80.

**Gänsebrüterei**  
 hat abzugeben **M. Gorn,**  
 Gröba, Brommiker Str. 1.

**Wasser- u. Saubereiter**  
 mit praktischem Verteiler  
 zu verkaufen  
**Franz Burkhardt**  
 Strebla-Elbe

**Böttcherei B. Lampitz**  
 Marktstr. 26, Fernruf 202.

Prima weiße geschliffene  
 sowie ungeschliffene  
**Gänse-  
 federu**  
 liegen zum Verkauf.  
**Georg Oederich, Oederich,**  
 Telefon Nießner 199.

# Achtung!

## „Die weiße Senche“

kommt!  
**Central-Vielpieltheater Gröba:**  
 Montag und Dienstag, den 13. und 14. März 1922  
 — abends 8 und 8 Uhr. —

**Kammerlichtspiele Nießner:**  
 Mittwoch und Donnerstag, den 15. und 16. März 1922  
 — abends 8 und 8 Uhr. —  
 Verabreichte Preise: Sperrpl. 2.50 M., 1. Platz 2.— M.,  
 2. Platz 1.50 M. — Erläuterung —.50 M.

**Erkennungskulturfilm**  
 vorgeführt vom Wohlfahrtsverein Nießner.

**Bürgergarten Nießner.**  
 Heute und morgen  
**großes Schlachtfest.**  
 Ergebenst laden ein **Willy Grohe und Frau.**

**Voranzeige! Gasthof Bauh.**  
 Sonntag, 12. März, Orchesterkonzert mit folgendem Ball.

**Waldschlößchen Röderau.**  
 Sonntag, 12. März, von nachm. 6 Uhr ab, findet unser

**== Kostümfest ==**  
 statt, bestehend in  
**urfidelen Bauernball**  
 mit großartigen Ueberraschungen.  
 Herrlich decorierter Saal.  
 Hierzu laden wir unsere Mitglieber und eingeladenen  
 Gäste nochmals herzlich ein. **Sportverein Röderau.**

**Achtung! Achtung!**  
**Gasthof Grödel**  
 Sonntag, 12. März, sind wieder die beliebten  
**Rein-Gold-Sänger**  
 in unserem herrlich decorierten Saale.  
 Erstklassige humoristische Vorträge mit Gesang.  
 — Anfang 7 1/2 Uhr. —  
**Nachdem feiner Ball.**  
 Freundlich ladet ein **S. Garbe.**

**Gasthof Kobeln.**  
 Zu dem Sonntag, 12. März, stattfindenden  
**Karpfenschmaus mit Ball**  
 ladet freundlich ein **Franz Dreifig.**

**Hölzigs Restaurant**  
 Mehltheuer.  
 Sonnabend und Sonntag  
**großer Bockbierauschank.**  
 f. Postwürstchen und Bratwurst.  
**Sonntag 3 Uhr Preis-Skaten.**  
 Es ladet freundlich ein **Sophie Götsch.**

**Gasthof „Alte Post“ Stauchitz.**  
 Sonntag, den 12. März  
**großes Extra-Konzert und Ball**  
 von der Stadtkapelle Oschah, Musikdirektor Meyer.  
 — Anfang 7 Uhr. —  
 Es ladet ergebenst ein **Alfred Thieme.**

**Münchner Löwenbräu Dresden**  
 Moritzstr. 1b Landhausstr. 6  
 hält sich allen Besuchern **Dresdens**  
 als bekanntes, solides Familien- und  
 Speiselokal bestens empfohlen.  
**H. Dederichs.**

**Saure Gurken**  
 empfiehlt billigst sah- und schweißte  
**S. Gruhle, Bismarckstr. 35a. Telefon**  
 Nr. 652.

**Bindegarn**  
 nur erstklass. Fabrikate, ital. 2 fach Langban, 600 m laufend  
**Harvester Sisalgarn**  
 hält stets großes Lager zu äußersten Preisen  
**Max Bergmann, Seilerstr., Fernspr. 213.**

**Achtung! Kaufe nur einen Tag in Nießner**  
**alte Gebisse**  
 und zerbrochene Teile zu denkbar höchstem Preise. Nur  
 ich zahle für Zähne bis 50 M., Anodentzähne 10 bis  
 30 M. Verkaufe es niemand. Streng reell.  
**Georg Sächlicher Hof von 9-3 Uhr.**  
 Sonntag, 12. 3. Stern.

**Schlachtpferde**  
 und verunglückte kauft jederzeit  
 zu höchsten Preisen  
**Otto Gaudermann, Telefon 273.**

**Kirchenkonzert**  
 in der Kirche zu Gröba  
 Sonntag, 12. März, nachm. 5 Uhr anlässlich  
 der Goldenen Weibe.  
 Solisten: Fräulein Golle-Nießner, Frau Dr. Ritter-  
 Gröba, Herr Dr. Stadmann-Gröba.  
 Chor: Der freim. Kirchenchor. Orgel: Herr Golle.  
 Karten zu 10, 5, 3 M. nach dem Festgottesdienst  
 in der Kirchschule, vor dem Konzert ebenda und  
 Sonnabend im Pfarramt.  
 Der Reinertrag fließt der Goldenen Weibe zu.

**Vereinsnachrichten**  
**Geflügelzüchterverein Nießner.** Sonntag, d. 12. 3., nachm.  
 3 Uhr Hauptversammlung im „Stern“.  
**Deutscher Mut.-Verb. Orsdorf, Nießner.** Montag, 13. 3.,  
 7/8 Uhr Berl. (Zieler Reil.). Ersch. aller Mitgl. erf.  
**Mitgliederverein Gröba.** Zur Einholung der Goldenen Weibe  
 der Verein Sonntag vorm. 1/9 Uhr im „Kater“. Zahl-  
 reiche Beteiligung erwünscht.

**Spielvereinigung Riesa-Gröba e. V.**  
 Wir laden alle Gönner und Freunde  
 des Sports zu unserem am Sonntag,  
 12. d. M., in Vergersdorf stattfindenden  
**== Fastnachts-Vergnügen ==**  
 herzlich ein.  
 Anfang 5 Uhr. Der Festauschank.

**== Jagd-Verpachtung. ==**  
 Die Jagdgründe der Mue Nießner, ca. 450 Acker, soll  
 Mittwoch, den 15. März 1922, nachmittags 5 Uhr, im  
 Gasthof zum Anker in Nießner auf die Zeit vom 1. Sep-  
 tember 1922 bis 31. August 1923 öffentlich gegen Meist-  
 gebot verpachtet werden, mit Vorbehalt der Auswahl  
 unter den Bietern und Ablehnung sämtlicher Gebote. Be-  
 dingungen werden vorher bekannt gegeben. Das Erscheinen  
 der Bewerberschaftsmittglieder ist dringend erforderlich.  
 Riesa, Der Vorstand der Jagdgewerkschaft.  
 1. 3. 1922. H. W. Thomas.

**Turnverein „Frischauf“ Heyda.**  
 Sonntag, den 12. März, findet im Saale des  
 Gasthofes „Goldener Adler“ in Heyda unser  
**öffentliches Wintervergnügen**  
 bestehend in Konzert, turnerischen Aufführungen und  
 Ball, statt. Freunde und Gönner des Vereins werden  
 hierzu herzlich eingeladen. Der Festauschank.

**Achtung! Wautik!**  
 Sonntag, 12. März, abends 7 Uhr  
**Vergnügen der Lustigen Brüder.**  
 — Grobartige Ueberraschungen. —  
 Alle Freunde und Gönner ladet freundlich ein der Vorstand.

**la Margarine** **Fabriklager**  
 für Händler zu Fabrikpreisen **Dampfbad**  
 Tel. 620.

**Margarine**  
**Schmalz Speck**  
 empfiehlt billigst zentnerweise  
**S. Gruhle, Bismarckstr. 35a. Telefon**  
 652.

**Gesundheit u. Kraft**  
**Wachholderbeersaft**  
 ohne Zucker, gar, rein, uraltes bewährtes  
 Hausmittel, darf in keinem Haushalt  
 fehlen. In jedem Geschäft erhältlich.  
 Generalvertrieb durch:  
**Medizin.-Procurer A. G. Jennicke.**  
 Man achte beim Einkauf auf Schutzmärke.

**Gebr. Herren- und Damenräder**  
 auch defekt, Rahmen und bergl. zu kaufen gesucht.  
**Winkler, Hauptstr. 78, 1.**

**Adolf Schlicke**  
**Johanna Schlicke geb. Kettler**  
 Vermählte  
 Riesa, Eldstr. 11, 11. 3. 1922.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher  
 Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben  
 Entschlafenen, des Baumeisters  
**Gustav Reinhardt**  
 sagen wir hierdurch allen ansonen  
 herzlichsten Dank.  
 Riesa, am 9. März 1922.  
**Ernestine verw. Reinhardt**  
 nebst Sohn und Angehörigen.

**Dater, Hen und Stroß**  
 laßt an und erblüht unge-  
 wöhnlich schön. Samenverpackung  
 Abt. Riesa.

**Raffiabast**  
 empfiehlt für Gärtner  
 zu Vorzugpreisen  
**Max Bergmann**  
 Seilermeier.  
 Morgen früh  
**frische Seefische.**  
**Clement Bürger.**

**Apfelsinen**  
**Bitronen**  
 empfiehlt Aktienweise und  
 ausgegibt  
**H. Gruhle**  
 Bismarckstr. 35a.  
 Telefon 652.

**la Tafel-Margarine**  
 beste Qualität  
**Pfund 27 Mark,**  
 ital. Blumenkohl  
 empfiehlt

**Berm. Modler, Schulstr. 3.**  
**Gasthof Pransitz.**  
 Sonntag 12. März  
**Ballmusik.**

**Gasthof Boritz.**  
 Sonntag, den 12. März  
**große Ballmusik.**

**Gasthof Stöpsitz.**  
 Sonntag, den 12. März  
**groß. Preis-Skaten**  
 (Anfang 8 Uhr) mit  
**Bockbierfest.**  
 Von 7/8 Uhr an öffentl.  
**Ballmusik.**  
 Dazu ladet frd. Lein. R. Kofler

**Gasthof Wälnitz.**  
 Sonntag, den 12. März  
**feiner Ball.**  
 Anfang 8 Uhr. Hierzu ladet  
 freundl. ein **Friedrich Eckert.**

**Gasthof Bahra.**  
 Sonntag, den 12. März  
**Radfahrer-Ball**  
 verbunden mit Meisenfahren  
 und allerhand Belustigungen  
 Anfang 7 Uhr.

**Wälnitz's**  
**Marionetten-Theater**  
 Nießner, Hotel Kronprinz  
 Sonntag, den 12. März:  
**Kasper, der geplagte Chemann**  
 oder: **Der Betrug vor'm Altar.**  
 Lustspiel in 4 Akten.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Nachm. 1/2 und um 4 Uhr:

**Die Wunderglode**  
 oder: **Kasper in der Offen-  
 fache.** Märchen in 5 Akten.  
 Zu allen Vorstellungen:  
**Theatrum mundi!**  
**Bruno Wälnitz.**

**Gesangverein „Froh Lied“**  
**Poppitz.**  
 Unser diesjähriges  
**Fastnachtsvergnügen**  
 findet Sonntag, den 12. 3.,  
 abends 7 Uhr im Gasthof  
 „Stadt Nießner“, Poppitz statt.  
 Um zahlreiches Erscheinen  
 der Mitglieder bittet  
 der Gesamtvorstand.

**K.-Z.-V. Gröba**  
 und Umgegend.  
 Sonntag, d. 12. 3. 22, nachm.  
 2 Uhr Monatsversammlung.  
 Um zahlreiches Erscheinen  
 wird gebeten. Der Vorstand.

Für die vielen Beweise  
 herzlichster Teilnahme beim  
 Hinscheiden unseres lieben  
 Entfels und Bruders  
**Martin Sams**  
 sagen wir allen, die so liebend  
 seiner gedachten, unseren  
 herzlichsten Dank.  
 Neu-Weiba, Dresden und  
 Berth, den 8. März 1922.  
 Die trauernden  
 Hinterbliebenen.

Die heutige Nr. umfasst  
 6 Seiten.  
 Hierzu Nr. 10 des  
 „Tageblattes an der Elbe“.



Deutscher Reichstag.

mit. Berlin, 9. März.

Zweite Sitzung der

Branntweinmonopol-Vorlage.

Abg. Coerdt (Soa.) begründet die Notwendigkeit einer Erhöhung der Steuererträge aus dem Branntwein mit den Forderungen der Entente. Es handelt sich hier um ein Fabrikationsmonopol, sondern um ein Zwischenhandelsmonopol. Die Ware ist, wie wir uns überzeugt haben, einwandfrei. (Lachen der Kommunisten: Wir haben nicht mitgeföhnt.) Wenn Sie von Korruption nicht wissen wollen, verweise ich Sie auf Moskau. (Abg. Noenen (Komm.) ruft: Sie Schafkopf!) Abg. Noenen erhält einen Ordnungsruf. Coerdt fortsetzend: Die Tagung des Reichslandtages hat mit Beweisen, daß für die Brennerinteressen der Landwirtschaft ausschließlich nachste Profiteure auszuweisen sind. Demgemäß erscheint uns die Zusammenfassung des Betrags der Monopolverwaltung bedenklich, da sie uns nicht objektiv genug ist hinsichtlich der Festsetzung der Preise und der zu erzeugenden Alkoholmenge. Wir stimmen der Vorlage zu, da die Erträge des Monopols auch sozialen Zwecken zugeführt werden und der Weg zum Vollmonopol frei ist.

Abg. Schulz-Gahmen (Kentr.) sieht in der Vorlage ein übermäßig wirtschaftspolitisches Gesetz. Durch den Betrag hat Öffentlichkeit und Reichstag ein Kontrollorgan. Nebenher kommt auch der Entschleunigung des Ausschusses zu, welche die Wertung des Monopols in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln will. Schwere Bedenken hat seine Partei gegen die Kontingentierung der Alkoholherstellung, wie sie in diesem Gesetz festgelegt wird und wodurch die landwirtschaftlichen Brenner unter 35 Proz. des Brennrechts herabgedrückt werden können. Im übrigen stimmen wir der Vorlage zu und wünschen nur, daß die Vorschriften über Entschleunigungen auch auf solche Betriebe ausgedehnt werden, deren Inhaber infolge des Friedensvertrages aus den abgetretenen Gebieten abgewandert sind.

Abg. Noenen (Dnoll.) tritt für eine engere Begrenzung des Monopols ein. Der Landwirtschaft muß der notwendige Hilfsbetrieb der Brenner möglichst im alten Umfang erhalten bleiben. Die landwirtschaftlichen Brenner sind wichtig im Interesse der Landwirtschaft und für die Erzeugung wichtiger Lebens- und Nahrungsmittel. Die erhöhten Ausgaben werden aber nicht ohne Einfluß auf die Produktion bleiben, denn die Brenner sind schon heute ein Sorgenkind der Landwirtschaft. Es müssen demgemäß weit größere Mittel für Kartoffelbau auszuweisen werden.

Abg. Dufsch (D. Vp.) bedauert, daß das Branntweinmonopol außerhalb des allgemeinen Rahmens der Steuererträge behandelt wird, stimmt der Umwandlung der Wertung des Monopols in eine Aktiengesellschaft zu und gibt der Erwartung Ausdruck, daß das Gesetz kein Gewerbe erdrücken möge.

Abg. Puchta (Unabh.) sieht in dem Gesetz keinen Schritt zum Staatsmonopol, sondern höchstens einen Schatten eines Monopols. Jedenfalls sei nicht zu rechtfertigen, das wichtigste Volksernährungsmittel, die Kartoffel, den Agrariern zu opfern. Spiritus und Effig seien auch aus anderen Rohstoffen zu gewinnen. Dieses Gesetz hindere aber die Produktion und wolle das Brennereigewerbe künstlich erhalten. Darin werde die traditionelle Bevorzugung der Agrarier fortgesetzt. Seine Partei lehne das Gesetz ab, da die sonstigen Steuerquellen noch nicht erschöpft seien.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) stimmt der Umwandlung der Wertung des Monopols in eine Aktiengesellschaft zu, will aber trotzdem an dem Monopol festhalten. Die Landwirtschaft könne auf die Brennererträge nicht verzichten, sonst würde sie, namentlich bei Witterungsunfällen, zu große Abfallmengen haben. Jedenfalls dürfe die Verwaltung nicht im Geiste der alten Kriegesgesellschaften arbeiten, sondern müsse mit geringen Mitteln Höchstleistungen schaffen.

Abg. Oederb-Branten (D. Vp.): Ein Vollmonopol könnte uns nicht beglücken, es würde ein Schritt zur Sozialisierung sein. Das Gesetz enthalte namentlich für Süddeutschland besondere Härten. Zu bedenken sei, daß die hayerische Kartoffel weniger Stärkegehalt besitze und die Kohlen weit teurer bezahlt werden müßten. Deutschland könne nur gefunden, wenn die Rechte der Einzelstaaten nicht weiter beeinträchtigt würden.

Abg. Dr. Geuer (Komm. Arbeitgem.) lehnt das Gesetz ab und fordert Verbot der Herstellung, des Transports, der Ein- und Ausfuhr von Branntwein.

Abg. Pölslein (Komm.): Diese Politik geht durchaus in die Stinnesrepublik und in die Stinnespolitik, es handelt sich um die weitere Ausplünderung der Massen. Daher bekämpfen wir das Branntweinmonopol mit allen Kräften und wollen es zu Fall bringen. Nur zu technischen und medizinischen Zwecken sollte Alkohol hergestellt werden und ohne dadurch die Volksernährung zu beeinflussen. Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Freitag nachmittags 2 Uhr (Pensionsfürsorgegesetz, Kapitalmarkt, Spezialberatung des Branntweinmonopols und Reichsernährungsetat.

Die amerikanische Abgabe.

Reuter meldet aus Washington: Staatssekretär Hughes schreibt in seiner Note an den italienischen Vorkäufer Diesel über die Genuezer Konferenz: Seit Empfang der ersten Note Curys Erselens ist die Frage der Teilnahme der Vereinigten Staaten an der vorgeschlagenen Konferenz ernstlich in Erwägung gezogen worden. Sie werden verstehen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ein großes Interesse an jeder Konferenz nehmen muß, welche wirksame Maßnahmen zur Förderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas versteht, denn nicht nur ist es unser inniger Wunsch, daß die Völker, welche am meisten unter den durch den Krieg hervorgerufenen Verwüstungen und Erschütterungen litten, zur Wohlhabendheit zurückkehren, sondern es ist auch klar, daß ohne eine Gesundung Europas von einer Besserung der Welt keine Rede sein kann. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mit diesem teilnehmenden Empfinden und mit dem größten Widerstreben, jedem geeigneten Schritt zur Erreichung des Zieles ihre Unterstützung vorzuenthalten zu müssen, die in Cannes angenommene Entschleunigung und das für die Konferenz vorgeschlagene Programm enthält.

Mit Bedauern benachrichtige ich Curie Erselens, daß als Ergebnis der hatterhabten Prüfung festgestellt worden ist, daß man unmöglich dem Schlusse entgegen kann, daß die vorgeschlagene Konferenz in der Hauptsache keine Wirtschaftskonferenz ist — sind doch von den Beratungen Fragen ausgeklüffelt worden, ohne deren zufriedenstellende Lösung die Hauptursachen der wirtschaftlichen Störung weiterwirken müssen —, sondern daß sie eher einen politischen Charakter trägt, und daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich an einer solchen in nächster Weise nicht beteiligen könnte. Die Regierung der Vereinigten Staaten muß auf die klar ausgesprochene Überzeugung des amerikanischen Volkes Rücksicht nehmen, daß, wie sehr die Regierung es auch wünscht — und sie hat Beweis dafür in reicher Fülle erbracht — in angemessener Weise an dem Wiederaufbau des wirtschaftlichen Europas teilzunehmen, sie doch nicht ohne dringende Notwendigkeit in Fragen der europäischen Politik unmittelbar werden würde.

Das Steuerkompromiß abgeschlossen.

Die Garantieforderungen der Deutschen Volkspartei angenommen.

Im Reichstage fand gestern eine Besprechung zwischen Vertretern der Reichslandvolksdemokraten, des Zentrum, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei über die Steuererträge einwärts, sowie über die Zwangsanleihe. Der Reichskanzler, der Reichsminister der Finanzen und der Reichsfinanzminister nahmen an der Besprechung teil. Zwischen den Parteien kam eine Einigung über das sogenannte Wankengesetz zu den vorliegenden 14 Steuerertragsartikeln zustande, insbesondere über Paragraph 1 des Gesetzes, der bestimmt, daß die Reichsregierung die Mittel für die Kredite, die durch das Reichshandelssteuergesetz des Rechnungsjahres 1922 bereitgestellt sind und nicht für die Verschuldung in den ersten drei Jahren unverzinslichen Zwangsanleihe in Höhe des Gegenwertes von einer Milliarde Goldmark flüssig machen wird. Es wurde als übereinstimmende Forderung der Parteien zum Ausdruck gebracht, daß die Mittel möglichst noch in diesem Etatjahre flüssig gemacht werden sollen.

In eingehender Aussprache, an der sich der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister und die Reichstagsabgeordneten Spahn, Müller-Franke, Bels, Bernheim, Köhmann, Beder-Oeffen, Nieber, Curtius, Fischer-Min, Koch-Berger, Gerold, Reich und Emminger beteiligten, wurden sodann die in Form einer Denkschrift niedergelegten Garantieforderungen der Deutschen Volkspartei beraten. Diese Forderungen verlangen in ihren wesentlichen Punkten, daß die neu gewonnenen Mittel nicht dazu verwendet werden, um die Forderungen der sogenannten verbündeten Betriebe des Reichs, also insbesondere Post und Eisenbahn, zu decken, und daß namentlich die Mittel aus der Zwangsanleihe nur dazu verwendet werden sollen, die im Inlande aus dem Friedensvertrage abzudeckenden Verbindlichkeiten zu bezahlen. Sie verlangen ferner Maßnahmen zur Vereinfachung und Beschleunigung der Reichsverwaltung, Prüfung der Frage einer Vereinfachung und wirtschaftlicher Gestaltung der großen Reichsbetriebe, Stärkung der deutschen Wirtschaft, Abbau der Zwangswirtschaft, Beteiligung der Wirtschaftskreise und des Parlaments vor Abschluß von Abkommen aus dem Friedensvertrage, die große finanzielle oder grundsätzliche Bedeutung haben, und schließlich Abbau der Ausgabe von Staatspapieren im Rahmen des Möglichen. Diesen Grundwünschen traten die Vertreter der übrigen Parteien bei. Der Reichskanzler stellte für die Regierung und zugleich für die vertretenen Parteien fest, daß diese Forderungen als Richtschnur für die Regierung gelten würden und daß damit das Steuerkompromiß gesichert sei. Der Reichskanzler sprach allen, die an diesem Werke mitgeholfen hätten, den Dank der Regierung aus.

Das Wankengesetz wird nunmehr als gemeinschaftlicher Antrag der beteiligten Parteien alsbald dem Reichstage vorgelegt werden.

Wiedereinsetzung einer Sparfamtskommission.

Wie die Berliner Blätter mitteilen, erklärte der Reichskanzler in der gestrigen Interaktionellen Besprechung, daß er in Erfüllung der völksparteilichen Wünsche nach Sparfamtsreformen die Wiedereinsetzung einer Sparfamtskommission, wie sie schon einmal tätig gewesen sei, vorschläge. Dieser Kommission könnten auch außerhalb des Parlaments stehende

Hinsichtlich Rußlands mag hinzugefügt werden, daß die Regierung der Vereinigten Staaten zwar darauf bedacht ist, alles, was in ihren Kräften steht, zur Förderung der Wohlfahrt des russischen Volkes zu tun, und daß sie mit dem lebhaftesten freundschaftlichen Interesse jeden Schritt auf dem Wege zur Wiederherstellung wirtschaftlicher Bedingungen begleitet, die es Rußland gestatten, seine produktive Kraft wiederzugewinnen, daß sie aber der Meinung ist, daß solche Bedingungen so lange nicht sichergestellt werden können, als nicht ein entsprechendes Vergeben der für Rußlands gegenwärtige wirtschaftliche Beerrückung hauptsächlich Verantwortlichen erfolgt ist.

Die Entente-Bedingungen für Rußland.

Aus Rom meldet die Polnische Telegraphen-Agentur über die angeblichen Bedingungen, die Rußland nach einer Vereinbarung zwischen Polnens und Lloyd George gestellt werden sollen: 1. Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden, 2. Entwaffnung der Roten Armee, 3. Anerkennung des Versailler Vertrages, 4. Freilassen in der Ostsee und im Schwarzen Meere, 5. Kontrolle des deutsch-russischen Handelsverkehrs.

Benin über die internationale Lage.

Auf dem Kongreß der Metallarbeiter in Moskau hielt Lenin vorgestern eine Rede über die internationale Lage. Er äußerte den Wunsch, auf der Genuezer Konferenz persönlich mit Lloyd George zusammenzutreffen. Die Räte-regierung habe von Anfang an diese Konferenz begrüßt als eine erste Möglichkeit für eine gründliche Behandlung der schwebenden ersten Fragen. Die Rätedelelegation gebe nach Genua gleich einem Geschäftsmann, der die Handels- und Wirtschaftsbilanzen abschließen gebe. Lenin schloß sich den Ausführungen Kroppfs an, daß die Vertagung der Konferenz die Gefahr eines neuen Krieges in sich bergen würde, und daß die Rote Armee auf der Hut sein müsse. Alle Verträge, Räterunabstände Bedingungen aufzuheben, wie sie Befestigt auferlegt werden, seien ein absoluter Unsinn, auf den zu antworten überflüssig sei.

Hermes stellt Strafantrag.

Reuter meldet: Die „Freiheit“ behauptet in ihren Nummern 114 und 115, Reichsminister Dr. Hermes habe von einem Wingerverband Weine zu Ausnahmepreisen — „Befestigungspreisen“ — bezogen und dafür dem Verbandsgegenseitigen gewährt. Wegen dieser Verleumdung hat Minister Dr. Hermes am Donnerstag Strafantrag gestellt.

Reuter meldet ferner: In Verbindung mit den Behauptungen über den Bezug von Wein zu Befestigungspreisen durch den Minister Dr. Hermes, beretwegen der Minister Verleumdungsbeklage angebracht hat, ist ein Brief des Wingerverbandes für Mosel, Saar und Ruwer in Trier abgedruckt worden, der adressiert ist: Herrn Regierungsrat Jaffe, Berlin W. 8, Mohrenstraße 11/12, Ministerbüro. Wie wir hören, liegt hier ein Scherzbrief vor. Gemeint war Herr Regierungsrat Rastte, der im Ministerbüro tätig war, während ein höherer Beamter namens Jaffe als Ministerialrat das Referat für die besten Gebiete hatte.

Eine weitere Darstellung des Falles.

Das „F. Z.“ schreibt zu den in der „Freiheit“ veröffentlichten Anschuldigungen gegen den Minister Dr. Hermes, daß es die Wahrheit des von der „Freiheit“ als Beweis-

Material angeführt, die von den Parteien vorauslagen seien. Wie das „Tageblatt“ hört, hat der Reichskanzler bereits die einzelnen Parteien ersucht, je ein bis zwei Mitglieder zur Bildung des Ausschusses für die Erörterung von Ersparnismaßnahmen namhaft zu machen.

Die Konferenz der Finanzminister in Paris.

Genau meldet aus Paris, im Laufe der gestrigen Beratungen hätten die alliierten Finanzminister als Verhandlungsgrundlage das Memorandum angenommen, das der französische Finanzminister der Konferenz unterbreitete. Sie hätten jedoch Vorbehalte hinsichtlich der meisten Fragen gemacht. Sie erklärten, daß die früheren französischen Regierungen, sei es im Dezember in London, sei es im Januar in Cannes, Beratungen übernommen haben, obwohl damals kein Text angenommen worden sei, betrachten die alliierten die französische Regierung, wenn nicht juristisch, so doch moralisch für verpflichtet, dieses Abkommen zur Ausführung zu bringen. Es sei ihre Ansicht, daß, wenn man sich freiste auf den juristischen Standpunkt stellen, man notwendigerweise auf das Abkommen von Spa zurückgreifen müsse, das Frankreich weniger günstig sei, als die beiden nachträglich erfolgten Abmachungen. Tatsächlich hätte die französische Regierung inwieweit vorteilhaftere Bedingungen hinsichtlich des Preises der Kohle, der Sachlieferungen nach dem Abkommen von Wiesbaden usw. erlangt. Unter diesen Bedingungen scheint es, so berichtet Genau weiter, daß hinsichtlich der von der Regierung Brand übernommenen Verpflichtung, die wesentlich das überschritte, was man ihm ursprünglich zugesprochen habe, Finanzminister Pasteur sich jetzt damit begnügen müsse, von seinen Kollegen Änderungen von Einzelheiten oder teilweise Revision der in Cannes angenommenen Resolution zu verlangen. Uebrigens handelt es sich bei den aufgeworfenen Fragen nur um einige 10 Millionen, die die Vergangenheit betreffen. Die größte Sorge des Finanzministers aber sei, für die Zukunft neue Grundlagen zu schaffen, um für den allgemeinen Zahlungsdraht Deutschlands effektive Garantien zu erhalten. Im Laufe der Beratungen hätten die alliierten Minister Gelegenheit gehabt, diese und andere Fragen anzusprechen.

Die Ausbildungsvorschrift für die Artillerie.

Reuter meldet aus Berlin: General Nollet hat unter dem 27. Februar dem Auswärtigen Amt folgende Mitteilung ausgeben lassen: Am 9. Januar 1922 ist eine Ausbildungsvorschrift für die Artillerie genehmigt worden, die u. a. vorschreibt, daß der Zweck der Ausbildung die Vorbereitung für den Krieg ist. Die Kommission sieht in einer solchen Vorschrift eine Verletzung des Artikels 160 des Friedensvertrages, in dem ausbedungen ist, daß das deutsche Heer nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebiets und zur Grenzpolizei bestimmt ist. Die Kommission nimmt Vermerk von dieser Verletzung und fordert ausdrücklich, daß die erwähnte Vorschrift bis zum 20. März 1922 aufgehoben und ihr bis zum selben Zeitpunkt der amtliche Wortlaut der Aufhebungsverfügung mitgeteilt wird.

Die „Germania“ schreibt: Das Reichskabinett habe zu den Forderungen noch nicht Stellung genommen. Die Militärkontrollkommission nehme zu Unrecht an, daß die Ausbildungsvorschrift an eine Offense gedacht habe. Es sei lediglich die Möglichkeit eines Defensivkrieges ins Auge gefaßt worden. An einen Offensivkrieg denke in Deutschland kein erfahrener Mensch.

material veröffentlichten Briefes des Wingerverbandes für Mosel, Saar und Ruwer bestätigen könne. Das Blatt bemerkt aber, daß es sich dabei um einen Ausschnitt aus einer längeren Korrespondenz handele, die zwischen dem Wingerverband und dem Minister sowie dem ihm persönlich beigegebenen Regierungsrat Rastte handele. Der Minister habe im Februar 1921 beim Wingerverband angefragt, ob er ihm Wein liefern könne und um Angebot erfragt. Das Angebot liege in dem vorstehenden Briefe vor. In seiner Antwort darauf habe der Minister ausdrücklich auf den auffallend billigen Preis von 3 M. für die Flasche hingewiesen und angefragt, ob nicht bei der Geschäftsstelle ein Irrtum unterlaufen sei. Darauf habe der Wingerverband ein weiteres Angebot mit Weinen etwas besserer Sorte zu 5 M. die Flasche gemacht. Der Minister habe beide Angebote angenommen mit dem Ersuchen, noch einmal nachzuprüfen, ob der angebotene Preis tatsächlich zutreffend sei. Der gesamte Schriftwechsel sei durch das amtliche Büro des Ministers gegangen. Wie das Blatt weiter erzählt, hat in der Vernehmung des Weinbaureferenten des Ernährungsministeriums dieser erklärt, keinen von sämtlichen in Frage kommenden Wingerverbänden irgendwie bevorzugt oder benachteiligt zu haben. Der Minister habe niemals das Ansinnen an ihn gerichtet, dem Trierer Wingerverband entgegen zu kommen. Dem Minister wird dem gleichen Blatte zufolge Gelegenheit gegeben werden, im Reichstage Aufklärungen über die Angelegenheit zu geben.

Die „Freiheit“ hält die Verschuldigungen aufrecht.

Die „Freiheit“ setzt ihre Verschuldigungen gegen den Reichsernährungsminister Dr. Hermes fort. Das Blatt behauptet, Dr. Hermes habe als Gegenleistung für die billigen Weine dem Trierer Wingerverband 8000 Zentner Zucker angewiesen, trotzdem die Reichssteuerstelle diese Zuweisung nicht für erforderlich gehalten habe und Weine ähnlicher Art in früheren Fällen abgelehnt worden seien. Auch sei entgegen der bisherigen Praxis Preisbestimmungsrecht ausgeschaltet worden.

Der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates

trat gestern zu einem auf drei Tage berechneten Sitzungsabschnitt zusammen. Er beschäftigte sich zunächst mit der Zwangsanleihe und wird heute das Landesenergiegesetz sowie am Sonnabend über die Vorbereitungen für die Konferenz von Genua beraten. Von der Reichsregierung waren gestern Staatssekretär Jaffé vom Reichsfinanzministerium und Staatssekretär Dr. Girsch vom Reichswirtschaftsministerium anwesend. Die Verhandlungen über die Zwangsanleihe wurden eingeleitet durch einen Vortrag des Chefredakteurs und Mitgliedes des Preussischen Staatsrates Dr. Oilerding, der von der Reichsregierung zum Mitglied des Reichswirtschaftsrates ernannt worden ist und der Arbeitnehmersseite näher steht. Darauf folgte ein Bericht des Präsidenten der Berliner Handelskammer Wendelschön, der die Arbeitnehmersseite vertritt.

Die Neuwahl des Reichspräsidenten.

Nach einer Mitteilung der „Sozialdem. Korresp.“ hat der sozialdemokratische Parteivorstand in einer am 7.



Amn Sitzung mit den Redakteuren der sozialdemokratischen Partei...

Indien verlangt Revision des Vertrages von Cadrés.

Das Reutersche Büro meldet aus Delhi: Die indische Regierung...

Eine weitere Reutersmeldung aus Delhi besagt: In der Besprechenden Versammlung...

Die Verteilung der deutschen Kabel.

Aus Washington wird der France Service gemeldet, daß ein Entwurf über die Verteilung der deutschen Kabel...

Ein Zwischenfall auf der Konferenz der Kreuzer.

Aus Paris wird gemeldet: Zu Beginn der Tagung der Konferenz der Kreuzer ereignete sich ein Zwischenfall...

Tann von Schöllnbach.

Ein Hörerroman von Barr-Kunkel.

(Nachdruck verboten.)

„Graf Tann,“ sagte er endlich in erstem, strengem Ton, „es ist meine Pflicht, Sie zu warnen! Sie sind im Begriff, den Fuß in einen Sumpf zu setzen...“

„Wenn Sie also,“ fuhr Keller fort, „die hunderttausend Mark retten wollen, die Sie bereits geopfert haben...“

Der junge Graf sah mit einem außerordentlich geminnenden Lächeln zu dem Sprecher auf...

„Aber Sie haben doch Erfahrung, Herr Keller,“ meinte er. „Aberdings,“ war die Antwort. „und Sie sehen, was meine Erfahrung mich geführt hat...“

„Sind Sie akademisch gebildet, Herr Keller?“

„Nein.“

„Sind Sie etwas auf Universitätsbildung?“

Kirchennachrichten.

Reminiscenz 1923.

Niebs. 9 Uhr Predigt (Dobr. 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11 Uhr Kirchengottesdienst...)

Reich. St. Barbara-Kapelle (Waldhofsstraße 9). Um 1/8 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Hauptgottesdienst...

4. Klasse 180. Säch. Landes-Lotterie.

Alle Nummern, hinter welchen kein Gewinn ist, sind mit 500 Pfennig gezogen.

2. Ziehungslos am 8. März 1923.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts (e.g., 100000, 50000) and corresponding winning numbers.

Deutsche Käsefabrik... Beste Käse, abgeben... Molkereibutter... per 1000 g...

Advertisement for Molkereibutter (Dairy Butter) featuring a cow illustration and text about quality and availability.

Großhandel, Verkauf... Carl Witte & Sohn.

Continuation of the lottery table from the previous page, listing more numbers and prizes.

Ich dachte an das bewunderungswürdige, gleichgültige Vorgehen jenes französischen Königs...

„Rein, wenigstens für das praktische Leben nicht. Reiner Anblick nach ist sie für den Geschäftsmann die unpassendste Bildung, die man ihm geben kann.“

„Dann wage ich kaum, Herr Keller, Ihnen die kleine historische Anekdote zu erzählen, die mir einfiel, als Ihr Sohn von dem Syndikat sprach.“

„Rein, wenigstens für das praktische Leben nicht. Reiner Anblick nach ist sie für den Geschäftsmann die unpassendste Bildung, die man ihm geben kann.“

„Sind Sie akademisch gebildet, Herr Keller?“

„Nein.“

„Sind Sie etwas auf Universitätsbildung?“